

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: 36 Nummern zu monatlich 1.30 RM, monatlich 30 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.30 RM. Postabonnements sind in die Post-Zeitungs-Preisklasse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich - Ungarn 1.50 RM, für das übrige Ausland 1 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die festgehaltene Annoncenzeile über deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beranmungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 30 Pfg. (zählend 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anträge für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moriaplan, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 14. September 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moriaplan, Nr. 151 90-151 97.

Rumänien und Bulgarien im Weltkriege.

Der Eintritt Rumäniens in den Krieg und die darauf erfolgte bulgarische Kriegserklärung an Rumänien findet in der bulgarischen Parteipresse eine Beleuchtung, die neben der Würdigung der allgemein-europäischen Gesichtspunkte bei der Beurteilung dieses neuen Krieges die inneren Gegenstände der Balkanstaaten und die zum Kriege treibenden Faktoren der Balkanpolitik selbst plastischer hervortreten läßt, als das bisher in der westeuropäischen Presse geschehen ist. Besonders wertvolles Material in dieser Richtung liefern die Artikel des „Rabotnitscheski Westnik“ („Arbeiter-Zeitung“), des Organs der „Engen“ in Sofia, in denen gründliche Sachkenntnis, gepaart mit theoretischer Klarheit, die Verwickelungen der Balkanstaaten auf ihre primären Ursachen zurückführt und sie in Verbindung zu setzen sucht mit der großen Auseinandersetzung der führenden imperialistischen Mächte.

Das Blatt zitiert in seiner Nummer vom 1. September einen Artikel, in dem es genau vor einem Jahre, am 1. September 1915, am Vorabend des neuen Balkankrieges die Politik Rumäniens folgendermaßen gekennzeichnet hatte: „Das grundbesitzende und kapitalistische Rumänien lauert auf den Moment, um seinen Raubüberfall vom Jahre 1913 zu wiederholen. Blickt nach Rumänien hin, das nicht darauf rechnen kann, von seinen stärkeren Nachbarn, Oesterreich-Ungarn und Rußland Kompensationen zu erhalten und gegen Bulgarien Front macht, in der Absicht, sich von ihm neue Beute zu holen.“

„Darüber hinaus — fährt das Blatt fort — wiesen wir darauf hin, wie illusorisch die Hoffnungen derjenigen seien, die versichern, Rumänien werde im Verlauf des europäischen Krieges uns freundlich gesinnt bleiben und uns mit keinerlei Gefahren bedrohen. Die Tatsachen bestätigen die Richtigkeit unserer Voraussagen. Rumänien steht heute im Kriege mit Bulgarien.“

Dieser Hinweis unseres bulgarischen Bruderblattes auf seine vorjährigen Warnungen ist nicht uninteressant. Beweist er doch, daß unsere bulgarischen Genossen, denen von bürgerlicher Seite, ja zuweilen auch von unseren „Münlern“ Weltfremdschheit und „Doktrinarismus“ nachgesagt wird, am Vorabend des Eintritts Bulgariens in den Krieg die kommenden Ereignisse in ihrer Tragweite richtiger erfaßten als die Optimisten in der bürgerlichen Presse. Diese tiefere Einsicht stützte sich vor allem auf eine objektive Prüfung der politischen Triebkräfte und Zielrichtungen in allen Balkanstaaten, deren Diagonale die Richtung der Gesamtpolitik des Balkans ergab. Auch jetzt sucht das Blatt den Ereignissen insofern gerecht zu werden, als es auch auf die Ursachen hinweist, die Rumänien in das Lager der Gegner Bulgariens getrieben haben. Eine dieser Ursachen sei die Furcht gewesen, daß Bulgarien die territoriale, wirtschaftliche und militärische Vorherrschaft auf dem Balkan an sich reißen könnte. Zwar führe Rumänien Krieg an der Seite der Entente, wie Bulgarien an der Seite der Zentralmächte kämpfe. Allein der Antagonismus der Balkanmächte, in diesem Falle Rumäniens und Bulgariens, bestimmte letzten Endes die rumänische Oligarchie, das Land gegen Bulgarien zu führen, wie der Antagonismus Serbiens und Bulgariens auch dieses Land in die Arme der Gegner Bulgariens getrieben hatte.“

In einem anderen Artikel geht das Blatt näher auf den rumänisch-bulgarischen Gegensatz ein, der sich seit dem Eintritt Bulgariens in den Krieg außerordentlich verschärft hat, weil die herrschenden Klassen Rumäniens, die Grundbesitzer und die Kapitalisten, von der Rolle, die Bulgarien als zentraler Balkanstaat im europäischen Kriege spielte, eine Bedrohung der Interessen Rumäniens befürchteten. Die industrielle Bourgeoisie Rumäniens, obwohl bisher wirtschaftlich eng verknüpft mit den Zentralmächten, richtete ihre Blicke nicht nach Westen, sondern nach Süden, wo sie Absatz für ihre Erzeugnisse suchte. Als ein Faktor, der diese Entwicklung förderte, kommt auch, was wir hier einschalten möchten, die bisherige Donaupolitik in Betracht. Rumäniens Industrie suchte Absatzgebiete in Kleinasien, Griechenland, Ägypten, während die rumänische Landwirtschaft, die ihre Erzeugnisse nach England, Frankreich, Belgien und Italien ausführte, an der freien Durchfahrt durch den Bosporus und die Dardanellen ungeheuer interessiert war. Diese Tatsachen bestimmten Rumäniens Haltung im zweiten Balkankriege (1913) und dieselben Tatsachen, ergänzt durch die Furcht, daß ein siegreiches Bulgarien die südlichen Absatzgebiete Rumäniens an sich reißen und es durch die Wegnahme der Donaumündung vom Schwarzen Meer abschneiden und zu der Rolle Serbiens verurteilen könnte, trieben die herrschenden Klassen Rumäniens, die seine äußere und innere Politik „machen“, in die Arme der Entente.

Für die rumänischen Großgrundbesitzer kam zu diesen Erwägungen noch eine besondere hinzu. Rumänien ist noch heute nach seinen Grundbesitzverhältnissen ein Feudalstaat von fast mittelalterlichem Zuschnitt, in dem die Bojarenkaste unbeschränkt über das Bauernvolk herrscht. Bulgarien dagegen, das mit seiner nationalen Befreiung von der türkischen Herrschaft gleichzeitig auch seine Befreiung von den türkischen

Grundherren durchführte, ist ein demokratisches Bauernland. Der Triumph dieses Landes bedeutete deshalb für die rumänische Bojarenkaste nicht nur eine Bedrohung des rumänischen Staates und Wirtschaftslebens, sondern auch eine Gefahr für ihre Vormachtstellung der rumänischen Bauernschaft gegenüber.

Dies in knappen Zügen das Bild, das der „Rabotnitscheski Westnik“ von der Politik der herrschenden Klassen Rumäniens entwirft. Das Blatt betont ausdrücklich, daß nur diese Klassen für die Politik Rumäniens verantwortlich gemacht werden können, denn das Volk wollte nicht den Krieg. Bis zum letzten Augenblick setzte die rumänische Sozialdemokratie alle ihre Kräfte ein, um die Pläne der Großgrundbesitzer und Kapitalisten zu durchkreuzen — leider vergeblich, da sie den Krieg nicht abzuwenden vermochte.

Eine besondere Betrachtung verdient zum Schluß die Untersuchung, die der „Rabotnitscheski Westnik“ hinsichtlich der äußeren Einflüsse anstellt, die Rumänien in den Krieg getrieben haben. Das Blatt schildert die Rolle, die der Balkan im letzten Jahrhundert in der Ausbreitungspolitik Rußlands wie Oesterreich-Ungarns gespielt hat. Rumänien bekam diese Zwischenstellung mehrfach besonders heftig zu spüren, da es, zwischen den beiden Großmächten eingeklemmt, zugleich auch den Niesel gegen den russischen Expansionsdrang nach dem Süden darstellte. Im jetzigen Kriege suchte Rumänien seine Neutralität möglichst zu erhalten, um nur im letzten Augenblick, wenn das Risiko am geringsten sein würde, einzugreifen. Allein es befand sich schließlich zwischen Hammer und Amboss und wurde von beiden Seiten zu einer Entscheidung gedrängt. Unser bulgarisches Bruderblatt glaubt insbesondere, daß der Druck Rußlands auf Rumänien das entscheidende Moment bei seinem Eintritt in den Krieg gewesen sei, da sonst die russischen Armeen Rumänien überschwemmt hätten. „Die russischen Pläne auf dem Balkan waren der wichtigste äußere Faktor, der Rumänien in den Krieg hineingetrieben hat.“ Diese Pläne seien bekannt: sie zielten vor allem auf Konstantinopel und die Meerengen hin.

Inschußnahme des 4. griechischen Armeekorps durch deutsche Truppen.

Am 13. Berlin, 13. September 1916. (W. Z. V.) Nachdem deutsch-bulgarische Truppen durch den Angriff Sarraills sich gezwungen gesehen hatten, im Gegenangriff in Griechisch-Mazedonien einzumarschieren, stand hinter dem bis zum Struma-Fluß vorgedrungenen linken bulgarischen Flügel das 4. griechische Armeekorps, Gewehr bei Fuß, in den drei Städten Seres, Drama und Kavalla.

Die Maßnahmen der Entente zielen darauf ab, diese griechischen Truppen auf ihre Seite zu zwingen oder ihnen ein ähnliches Los zu bereiten wie den in Saloniki vergeblichen Teilen der 11. griechischen Division. Die freie Verbindung mit Athen war unterbunden. Der Verkehr mit den Behörden in der Heimat wurde von der Entente beaufsichtigt und nach Belieben verweigert. Der kommandierende General des 4. griechischen Armeekorps in Kavalla, tren dem Willen seines Kriegsherrn und der gefeskmäßigen Regierung, an der Neutralität festzuhalten, hat sich angesichts der unhaltbaren Lage der ihm anvertrauten Truppen, bedroht von Hunger und Krankheiten, gezwungen gesehen, selbständig zu handeln, und am 12. September die deutsche oberste Heeresleitung gebeten, seine braven, königs- und regierungstreuen Truppen vor dem Druck der Entente in Schutz zu nehmen und ihnen Unterkunft und Verpflegung zu gewähren. Diesem Ansuchen wird entsprochen werden. Um jeder Verletzung der Neutralität vorzubeugen, ist mit dem kommandierenden General vereinbart worden, die griechischen Truppen voll bewaffnet und ausgerüstet, als Neutrale in Unterkunftsorte in Deutschland zu überführen. Sie werden hier Gastrecht genießen, bis ihr Vaterland von den Eindringlingen der Entente verlassen sein wird.

Die politische Krisis in Athen.

Dem „W. Z.“ wird aus dem Haag vom 13. September gemeldet:

„Manchester Guardian“ gibt folgenden Ueberblick über die Ereignisse in Athen bis zum Freitag: In Saloniki fandte Zaimis einen Beamten des Auswärtigen Amtes an Venizelos und ließ ihm erklären, daß er sich für die Politik Venizelos' entschieden habe, und daß er diese Mitteilung mit Zustimmung des Königs mache. Hieraus fragten die Gesandten der Entente in Einzelaudienzen beim König an, um völlige Sicherheit zu bekommen. König Konstantin war aber äußerst zurückhaltend gegen seine Besucher. Venizelos vermie dann eine Begegnung mit Zaimis, der ihn seinerseits um Geduld bat. Er hoffe, noch den König zu dem Programm der liberalen Parteien zu bekehren. Infolgedessen kam es zu einer Art von Waffenstillstand, der nun doch zur Krise nach dieser Darstellung zwischen Zaimis und dem König geführt hat.

Andrassy für Einberufung der Delegationen

Budapest, 13. September. (W. Z. V.) Im Abgeordnetenhaus begründete Graf Andrassy seinen Antrag auf Einberufung der Delegationen und sagte, er nehme Kenntnis davon, daß der Minister des Äußern erklärte, niemand würde sich mehr freuen als er, wenn er in den Delegationen Rede und Antwort stehen könnte. Der Minister des Äußern könne sich diese Freude leicht verschaffen, wenn er nur seinen Einfluß dahin geltend machen würde, daß in Oesterreich Verfassungsmäßigkeit herrsche und die Delegationen zusammenträten. Graf Andrassy fuhr fort: Der Mangel an Verfassungsmäßigkeit in Oesterreich ist auch eine Gefährdung des ungarischen Verfassungswesens und erregt in Oesterreich Verstimmlung und Erbitterung gegen Ungarn, da man dort auf den ungarischen Parlamentarismus mit Neid sieht und bedauert, daß Oesterreich nicht zum Wort kommen könne; ja, vielfach wird behauptet, daß Ungarn im Interesse seines Einflusses diese Lage wohlgefällig ansehe. Der Redner befahte sich sodann mit dem Nachweis, daß rechtliche Hindernisse für die Einberufung der Delegationen in Oesterreich, trotzdem das Abgeordnetenhaus dort nicht tage, nicht vorhanden seien. Es sei bloß die Ansicht des jetzigen öfterreichischen Ministerpräsidenten, daß die Einberufung der Delegationen jetzt nicht zweckmäßig wäre. Der Redner bedauerte schließlich, daß Ministerpräsident Graf Tisza seine Machtstellung nicht dazu benutze, um alles aufzubieten, daß auch in Oesterreich verfassungsmäßiges Leben herrsche.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 10. September. (W. Z. V.) [Verspätet eingetroffen.] Bericht des Generalstabes vom 10. September.

Rumänische Front. An der Donau Ruhe. Der Vormarsch wird mit Erfolg ohne Unterbrechung fortgesetzt. Der geschlagene und demoralisierte Feind zog sich unter dem mächtigen Druck unserer Truppen eiligst zurück. Er gab den seit langem besetzten Brückenkopf von Silistria auf, welchen unsere Truppen gestern abends 9 Uhr ohne Kampf eroberten. Unsere Reiterpatrouillen fanden auf ihrem Marsch nach Silistria bei Arababilar vier schwere 15 Zentimeter-Geschütze, die vom Feinde nach dem am 6. September in der Gegend von Saffaler stattgehabten Kampf zurückgelassen worden waren. An der Küste herrscht Ruhe.

Mazedonische Front. An der ganzen Front schwaches Artilleriefeuer, stellenweise Gewehrfeuer und Patrouillen-Scharmützel. Gestern versuchte ein mit zwei Batterien versehenes Juavenregiment am Dzitowo-See vorzurücken. Ein Gegenangriff unserer Truppen zwang den Feind, sich in ungeordneter Flucht zurückzuziehen, wobei er auf dem Schlachtfelde ungefähr 300 Tote, eine große Anzahl Gewehre und sonstiges Kriegsmaterial zurückließ.

Sofia, 11. September. (W. Z. V.) Verspätet eingetroffen. Bericht des Generalstabes.

An der rumänischen Front längs der Donau Geschütze bei Lesja, Widdin, Kom Balanka, Grenotovo und Sistow. In der Dobrudscha geht die Offensive weiter. Am 10. September sind unsere Truppen in Silistria eingezogen, dessen Bevölkerung ihnen einen triumphähnlichen Empfang bereitet hat; die dreifarbige bulgarische Fahne weht jetzt auf dem Fort Arabtabea. Wir haben in dem festen Plage zehn Festungsgeschütze und eine große Menge Kriegsmaterial vorgefunden. Die feindlichen Truppen haben sich, von unserer Kavallerie verfolgt, auf beiden Donauufern nach Nordosten und Osten zurückgezogen.

Der Rückzug der Rumänen, Russen und Serben, besonders aber der ersteren geht unter den schrecklichsten Grausamkeiten gegen die wehrlose Bevölkerung vor sich. Der Armeeführer berichtet unter dem 10. September was folgt: „Vom ersten Tage nach Ueberschreitung der Grenze an habe ich eine Reihe von schändlichen Unmenslichkeiten der rumänischen Armee festgestellt, die sich mehr und mehr als Taten einer unglaublichen Vertiertheit herausstellen. So haben die rumänischen Behörden einige Tage vor der Kriegserklärung der Bevölkerung alles Vieh ohne förmliche Requisition entführt. Auf seinem Rückzuge hat der Feind besondere militärische Abteilungen zur Niederbrennung bulgarischer Dörfer gebildet; die Dörfer Giskidj, Mitomravo, Erebarna, Gschmuja Mahale, Zatar Atmadja und andere in der Umgegend von Zutrakan und Silistria brennen noch. Eine bei Sanjalar geschlagene Abteilung, welche fluchtartig auf Silistria zurückgegangen war, hat am 7. September abends eine ganze Kompanie mit zwei Offizieren in das Dorf Erebarna geschickt, welche dort die ganze männliche Bevölkerung festnahmen und in der Nacht haben umbringen lassen; Play und Strachen des Dorfes liegen voll Leichen der Unschuldigen, aufs unmenslichste verunstalteten Opfer. Eine Anzahl Kinder desselben Dorfes sind in den Häusern eingeschlossen und verbrannt worden, die übrigen Kinder und die Frauen sind nach Silistria geschleppt. Am 6. September morgens sind die Männer aus dem Dorfe Alifal an das Donauufer geführt, unbarberzig niedergemacht und ihre Leichen in den Fluß geworfen worden. Alle Einwohner der Dörfer Kalipetrovo,

Atemir, Karaomur und Babul sind ausnahmslos auf das jenseitige Donauufer abgeführt worden, wo sie nach Aussagen der Bevölkerung diesseits der Stadt Kalarasch nahe dem Flußufer festgehalten werden, um den feigen Feind gegen das bulgarische Feuer zu deden."

Mazedonische Front. Am 10. September südlich vom Ditrwo-See Infanteriegefecht gegen ein am Tage zuvor geschlagenes Juaben-Regiment. In der Gegend von Moglenica und im Wardatal von beiden Seiten Geschützfeuer. Im Strumatal haben feindliche Abteilungen versucht, den Fluß bei den Dörfern Newolen und Karditsch zu überschreiten, aber durch unsere Truppen angegriffen, wurden sie unter schweren Verlusten auf das rechte Ufer zurückgeworfen. An der Strumamündung haben mehrere englische Kompagnien, von ihrer Artillerie auf dem rechten Ufer des Flusses und von den Geschützen ihrer Kriegsschiffe unterstützt, versucht, gegen Osten vorzugehen, sind aber vom Feuer unserer Truppen empfangen, angegriffen und in ihre Ausgangsstellung zurückgeworfen worden; zwei feindliche Bataillone, die sich anschickten, diesen Vorstoß zu unterstützen, wurden durch unser Geschützfeuer zerstreut. Die feindliche Flotte kreuzt gewohnterweise längs der Küste des Ägäischen Meeres vor Kawalla, Eleuthera und im Golf von Orfano. gez. Minister Radosslawow.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 12. September. (B. Z. V.) Amtlicher türkischer Bericht. An der Front von Gelahie haben wir am 11. September mit Erfolg Bomben auf ein feindliches Lager geworfen und Brände hervorgerufen.

Kaukasusfront. Auf dem rechten Flügel haben wir einen Angriff des Feindes abge schlagen. Im Abschnitt von Dgnut sind zwei feindliche Angriffe am 10. September und in der Nacht vorher, die durch Artilleriefeuer vorbereitet waren, durch unsere Gegenangriffe zurückgewiesen worden; die feindlichen Truppen, welche sich in verschiedenen Gruppen unseren Stellungen zu nähern versuchten, wurden durch unser Geschützfeuer zerstreut und erlitten außerordentliche Verluste. Unter der Beute, welche wir dem Feinde in dem Gefecht im Abschnitt von Nighi am 9. September abgenommen haben, ist eine große Menge Munition und Werkzeuge, deren Anzahl noch nicht festgestellt ist; die Anzahl der gefangenen Offiziere und Soldaten nimmt noch zu. Auf dem linken Flügel fielen Schärmügel zu unseren Gunsten aus; wir machten Gefangene und erbeuteten Waffen und Ausrüstungsstücke.

An den anderen Fronten kein Geschehnis von Bedeutung. Nach ergänzenden Nachrichten haben unsere Truppen an der galizischen Front am 7. September durch Gegenangriffe mit dem Bajonett bis zum Abend alle Angriffe starker russischer Truppen abge schlagen; die Verluste des Feindes werden auf 8000 Mann geschätzt. Bei den Zusammenstoßen im Nahkampf sind drei Offiziere und über 300 Mann gefangen genommen und ein Maschinengewehr dem Feinde abgenommen worden.

Der stellvertretende Oberbefehlshaber.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 12. September nachmittags. (B. Z. V.) Ein deutscher Angriff östlich von Vellon wurde mühelos mit Handgranaten abge schlagen. Eine Einzelunternehmung ermöglichte den Franzosen, einen deutschen Graben südlich des Kirchhofes von Veruy zu besetzen. Sonst überall das nächtliche nächtliche Geschützfeuer. Flugwesen. In der Nacht zum 12. September bombardierte ein französisches Geschwader die Lager von Lemoncourt, den Bahnhof von Mey-Sablons und Militärwerkstätten in Dillingen. Ein französischer Pilot schoß ein deutsches Flugzeug östlich von Rancourt (an der Somme) ab.

Orientarmee. An der Strumafont lieferten die Engländer heftige Gefechte, in deren Verlauf sie im Sturm das Dorf Newolen nahmen. In der Gegend des Dorfes hielt der Artillerielampf mit Heftigkeit an. Französische Batterien beschossen wirksam bulgarische Einrichtungen im Abschnitt von Moglenica. Westlich vom Vardar erzielte eine kräftige Offensive der Alliierten im Abschnitt nördlich von Majabagh ausgezeichnete Ergebnisse. Alle bulgarischen Gräben wurden in einer Front von 8 Kilometern und einer Tiefe von etwa 800 Metern genommen. Die Alliierten machten Gefangene. Westlich des Ditrwo-Sees war die serbische Artillerie sehr tätig in der Gegend von Vanila. Südwestlich des Sees brachten Zellunternehmungen den Alliierten einige Vorteile. Ein bulgarischer Angriff wurde durch unser Feuer unter bedeutenden Verlusten für den Feind abge schlagen.

Vom 12. September abends. (B. Z. V.) Die Schlacht nördlich der Somme nahm heute ihren Fortgang. Unsere Infanterie führte auf einer sechs Kilometer langen Front, die ungefähr von der Gegend südlich von Combles bis zum Fluße reichte, eine kräftige Offensivbewegung aus. Der Angriff, der gegen 12^{1/2} Uhr begann, entwickelte sich sehr schnell dank des wunderbaren Geistes unserer Truppen, die in weniger als einer halben Stunde die ganze erste deutsche Grabenlinie nahmen und hierauf mit derselben Kraft nach Osten vorstießen. Unsere Infanterie nahm hinter einander die Höhe 145 und die Straße Wöhune-Perronne, an der sich unsere Stellungen von den Südrändern von Rancourt bis südlich von Vouhavesnes hinzogen. Weiter südlich schoben wir unsere Linien auf die Höhe 70 westlich von Feuilancourt vor. Bis jetzt ist die Zahl der Gefangenen etwa 1500. Unter ihnen befinden sich zahlreiche Offiziere. Südlich der Somme heftiger Artillerielampf in verschiedenen Abschnitten ohne Infanterietätigkeit. An der übrigen Front zeitweiliges Geschützfeuer.

Belgischer Bericht. Von der belgischen Front ist nichts zu melden.

Die englische Meldung.

Vom 12. September nachmittags. (B. Z. V.) Gestern abend verursachte unsere Artillerie zwei große Brände im feindlichen Munitionsdepot von Grandcourt.

Amtlicher britischer Bericht aus Saloniki vom 12. September. (B. Z. V.) Die Abteilung, die gestern bei Revhovi über die Struma setzte, eroberte die Laufgräben auf dem östlichen Ufer. Eine französische Abteilung, die mit der britischen zusammen vorging, eroberte das Dorf Genemah und machte 80 Gefangene. Der Feind erlitt in diesen Kämpfen durch das Gewehr- und Artilleriefeuer während der Gegenangriffe und während seines Rückzuges schwere Verluste.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 12. September nachmittags. (B. Z. V.) **Westfront:** In der Gegend des Flusses Vely Gzerenskoje besetzten unsere Truppen mehrere Höhen. Versuche des Gegners, sie uns wieder zu entreißen, blieben erfolglos. In den Waldkarpaten besetzten unsere Truppen in der Gegend des Berges Kapul die ganze Bergkette nördlich dieses Berges und entrißen dem Feind auf der Verfolgung den Berg Kapul, wobei sie 13 Offiziere 900 Soldaten gefangen nahmen, 7 Maschinengewehre, 8 Bombenwerfer und einen Scheinwerfer erbeuteten.

Kaukasusfront: Unsere Truppen nahmen den sogenannten Gramidenberg südlich von dem Dorfe Birkhan und besetzten die Höhen, die sich längs des linken Ufers des Flusses Masla Daraissi erstrecken. Auf den Bergen ist Schneefall und Nachtfrost eingetreten.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 13. September 1916. (B. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern.

Von neuem ist die Schlacht nördlich der Somme entbrannt. Unsere Truppen stehen zwischen Combles und der Somme in schwerem Ringen; die Franzosen sind in Vouhavesnes eingedrungen. Die Artilleriekämpfe nehmen an beiden Seiten des Flusses mit großer Heftigkeit ihren Fortgang.

Front des deutschen Kronprinzen.

Rechts der Maas sind die französischen Angriffe im Thiamont-Abschnitt und an der Souville-Schlucht blutig gescheitert.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die Lage ist unverändert. Kleinere russische Vorstöße wurden nördlich der Dvoret-Mündung und bei Grabnowka (nordwestlich von Dünaburg) abgewiesen.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

In den Karpaten setzten die Russen auf der Front vom Smotrec (südwestlich von Zabie) bis zur Goldenen Distrik zu einem einheitlichen Massenstoß an. Sie wurden überall unter größten Verlusten von unseren tapferen, unter dem Befehl des Generals v. Conta stehenden Truppen abgewiesen.

In Siebenbürgen sind deutsche Truppen im Abschnitt von Hermannstadt (Nagy-Szeben) und südlich von Hösing (Hatseg) mit den Rumänen in Gefechtsföhlung getreten.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Bewegungen in der Dobrudscha vollziehen sich planmäßig.

An der mazedonischen Front keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 13. September 1916. (B. Z. V.) Amtlich wird verkündet:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front gegen Rumänien.

Die Lage ist unverändert.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Der von den Russen gegen unsere Karpatenfront zwischen dem Smotrec (südwestlich Zabie) und der Goldenen Distrik geführte einheitliche Massenangriff scheiterte an dem tapferen Widerstand der Verteidiger unter für den Feind überaus schweren Verlusten.

In Ostgalizien keine Ereignisse.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Außer mäßigem Artillerie- und Mörserfeuer nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Isonzo-Front hält das feindliche Artilleriefeuer an. Zwischen Gsch und Afschtal ist ziemlich Ruhe eingetreten.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

An der Bojsa zeitweise lebhafter Geplänkel.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

In der Nacht vom 12. auf den 13. hat ein Seeflugzeuggeschwader Bahnhofsanlagen und militärische Objekte von Cervignano mit zahlreichen Bomben gut belegt. Zwei größere Brände, eine heftige Explosion in einem Objekte und mehrere Volltreffer in der Bahnhofsanlage wurden erzielt. Ein anderes Seeflugzeuggeschwader hat in der gleichen Nacht den Kriegshafen Venezia angegriffen. Es wurden Volltreffer schwerer Bomben im Arsenal, in den Docks, bei den Gasometern, im Fort Alberone und in den Werftanlagen von Chioggia beobachtet, in Chioggia auch mehrere Brände. Beide Seeflugzeuggeschwader sind trotz heftigster Beschießung unverfehrt zurückgekehrt.

Flottenkommandos.

Rumänischer Bericht.

Vom 12. September (B. Z. V.) **Nord- und Nordwestfront:** Auf den Hochfläcken von Marosfaluta (?) setzte der Feind seinen Rückzug fort. Wir nahmen 8 Offiziere 106 Mann gefangen. Südöstlich von Sibin (Hermannstadt) besetzten wir Selimbar (?) (Schneckenberg). Wir stellten fest, daß der Feind Dum-Dum-Geschosse verwendete. Im Streital (?) westlich von Merisor (?) wiesen wir mehrere Angriffe des Feindes ab. In einem Gegenangriffe erbeuteten unsere Truppen zwei Geschütze, zwei Maschinengewehre, zahlreiche Munitionslästen und nahmen 8 Offiziere 302 Soldaten gefangen.

Südront: Gegenseitige Beschießung längs der Donau.

Dobrudschafront: Die Operationen werden fortgesetzt.

Vom 12. September. (B. Z. V.)

Nord- und Nordwestfront: Der Feind setzt seinen Rückzug im Westen der oberen Täler der Maros und Oluta fort.

Südront: Die Schiffsahrt der feindlichen Handelsdampfer auf der Donau ist vollständig unterbunden.

An der Dobrudschafront sind die Operationen im Gange.

Lufkrieg: Feindliche Flugzeuge warfen Bomben auf die Städte Piatra und Reams, durch welche ein alter Mann getötet und zwei Kinder schwer verwundet wurden.

Erfolgreiche Angriffe deutscher Seeflugzeuge

Berlin, 13. September. Amtlich. Am 11. September griffen deutsche Seeflugzeuge vor Konstanz und südlich davon russische Seestreitkräfte an. Auf einem Linien Schiff, einem U-Boot und einigen Zerstörern

wurden einwandfrei Treffer beobachtet. Sämtliche Flugzeuge kehrten unbeschädigt zurück.

Am 12. September abends unternahmen mehrere unserer Seeflugzeuggeschwader im Ägäischen Meerbusen einen Angriff auf feindliche Seestreitkräfte. Es wurden mehrere einwandfrei Treffer erzielt, ein feindlicher Zerstörer zum sofortigen Sinken gebracht. Trotz heftiger Beschießung sind alle Flugzeuge unverfehrt zurückgekehrt.

Vom U-Boot-Krieg.

Kristiania, 12. September. (B. Z. V.) Das norwegische Vizekonsulat in Falmouth teilt mit, daß die norwegischen Dampfer „Fredavore“ aus Haugesund, „Furu“ aus Bergen, „Polynesia“ aus Larvik im Kanal von einem deutschen U-Boot verfehrt wurden. Die Besatzungen sind größtenteils gerettet.

Sperrung der englischen Häfen.

Rotterdam, 13. September. (B. Z. V.) Heute nacht wurde der Hafenmeister von Rotterdam verständigt, daß von der Nacht von Montag auf Dienstag an alle englischen Häfen für die neutrale Schifffahrt geschlossen sind. Die britische Gesandtschaft im Haag hat diesen Bericht bestätigt. Die Ursache für die Schließung ist nicht bekannt, man glaubt, daß es sich um eine vorübergehende Maßregel handelt, die auf Truppentransporte oder auf Bewegungen der englischen Flotte zurückzuführen ist. Der Postdampfer „Konigin Regentes“ der Zeelandgesellschaft ist infolgedessen heute nicht nach England ausgefahren.

Deutsches Dementi.

Stockholm, 12. September. (B. Z. V.) Auf eine soeben von der Petersburger Telegraphenagentur verbreitete Behauptung des russischen Senators Krivosoff, daß nach dem Zeugnis russischer Militärs, die Ende 1915 aus dem Gefangenenlager Pashin entflohen sind, die Deutschen russische Kriegsgefangene in deutschen Uniformen an die französische Front geschickt hätten, um dort Schützengräben zu graben und Kriegsdienst zu leisten, antwortete sogleich die hiesige deutsche Gesandtschaft folgendes: Die deutsche Gesandtschaft in Stockholm bemerkt hierzu, daß an dieser Bemerkung selbstverständlich kein wahres Wort ist, und daß es sich wieder einmal nur um eine plumpe Erfindung zur Verhöhnung gegen Deutschland handelt. Man muß sich nur darüber wundern, daß ein russischer Senator, der natürlich selbst an diese Nachricht nicht glaubt, sich zur Verbreitung solcher Lügen hergibt.

Die Unruhen in Niederländisch-Indien.

Amsterdam, 13. September. (B. Z. V.) Nach Meldungen der hiesigen Blätter aus Niederländisch-Indien haben die Aufständischen in Bangko das Haus des Kontrolleurs und sämtliche Gebäude am Markt niedergebrannt. Die niederländischen Truppen haben sich stark verschont. Die Aufständischen hatten große Verluste. Roeara Tebo ist vom Feind gesäubert. Die Lage in Roeara Boengo ist günstig. Die niederländischen Truppen hatten in den letzten Kämpfen keine Verluste. Der Resident von Djambi fährt nach seinem Amtsort zurück. Oberst Kröfen wurde zum Gouvernementskommissär von Djambi ernannt. Die offiziell mitgeteilt wird, wurden ihm mehrere Kriegsfahrzeuge zur Verfügung gestellt.

Kleine Kriegsnachrichten.

Pretoria, 8. September. (B. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Botha kündigte an, daß auf Wunsch der Londoner Regierung fünf Bataillone Regter, insgesamt 10000 Mann, für Gasarbeiten nach Frankreich gehen sollen.

Politische Uebersicht.

Eine Zentrumsfrage für den Reichskanzler.

Unter der Ueberschrift „Das muß ausfinden!“ berichtet der Zentrumsführer Dr. Jul. Bachem im Scherischen „Tag“ über die Vorgänge, die für die Einschätzung der gegenwärtigen Parteigruppierungen und der innerpolitischen Treibereien der letzten Monate nicht unwichtig sind. Dr. Bachem erzählt, er habe von einer „lojal hochstehenden Persönlichkeit“ einen Brief erhalten, in dem er ihn zwar seiner „unbegrenzten Hochachtung“ versichert, zugleich aber seinem Schmerz Ausdruck gibt, ihn „in einem Augenblick, wo es sich um die ganze Zukunft des Deutschen Reiches für Jahrhunderte handelt, unter den Verteidigern der Regierungspolitik zu finden“, von deren falscher Führung durch den Reichskanzler er überzeugt sei. Der Briefschreiber hält weiter die Stellungnahme des Zentrums in der letzten Reichstagsession für verhängnisvoll. Wäre es, so schreibt er, in der entscheidenden Reichstagsitzung unter die Konserpativen und Rational-liberalen getreten, so wäre voraussichtlich der Reichskanzler gezwungen worden, in der zur Entscheidung stehenden Frage nachzugeben oder einem Manne Platz zu machen, der die von der Kanzleropposition gewünschte Politik zu betreiben bereit wäre.

Zur Bekräftigung der hier wiedergegebenen Anschauung verwies der Briefschreiber auf folgendes: Dr. Bachem würde wohl die zwei Briefe kennen, die im März und Juli Graf Zeppelin an den Reichskanzler gerichtet habe, und aus denen hervorgehe, daß der Reichskanzler im März entschlossen war, dem Kaiser einen Frieden unter ungleich günstigeren Bedingungen für den Gegner zu empfehlen, als er in der Reichstagsitzung angedeutet habe, und daß dies nur an der Nichtannahme seitens der Gegner gescheitert sei.

Herr Dr. Bachem glaubt nun demgegenüber feststellen zu können, daß der Vorwurf, der dem Kanzler hier gemacht wird, jeder Unterlage entbehre, wie er sich denn überhaupt von vornherein alsbarer Unsinns kanzeldiene. Der Reichskanzler habe nicht das mindeste getan, was ihn in den Verdacht hätte bringen können, daß er im März entschlossen war, dem Kaiser einen Frieden zu anderen als den von ihm im Reichstag angedeuteten Bedingungen zu empfehlen; unsere Felnde seien also gar nicht in die Lage gekommen, anzunehmen oder nicht anzunehmen. Eine solche Behauptung gehe auch aus den Briefen des Grafen Zeppelin — für deren Verbreitung man in gewissen Kreisen gesorgt habe — aber auch gar nicht hervor, und Herr Bachem fordert, daß der Wortlaut der Zeppelin-Briefe veröffentlicht werde. Dann werde sich sofort herausstellen, daß die erhobenen Vorwürfe unberechtigt seien. Herr Bachem schließt mit der Warnung:

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Die Generalversammlung für den Wahlkreis Düsseldorf delegierte zur Reichskonferenz den Genossen Westkamp, im Falle der Verhinderung die Genossin Agnes. Die Versammlung gab einem Antrag ihre Zustimmung, nach welchem der Delegierte auf der Konferenz dafür eintreten soll, daß bei Abstimmungen die Zahl der von den Delegierten vertretenen Mitglieder maßgebend sein soll. Ein weiterer Antrag, der angenommen wurde, verlangt, daß die Reichskonferenz den demnächstigen Parteitag beauftragt soll, zu bestimmen, daß bei den nächsten Reichstagswahlen Genosse Lieblmecht in zehn sicheren Wahlkreisen aufgestellt werden soll, um damit gegen seine Verteilung zu protestieren. Einstimmig wurde sodann noch eine Sympathieumgebung für Genossen Lieblmecht angenommen.

Der Sozialdemokratische Verein für Breslau-Ost und West beschäftigte sich in seiner letzten von 280 Mitgliedern besuchten Versammlung mit der Reichskonferenz, über die Genosse Löbe referierte. An der langen sachlichen Aussprache beteiligten sich vier Redner der Minderheit, fünf von der Mehrheit, alle jedoch im Sinne der Aufrechterhaltung der Einigkeit der Partei. Bei der Wahl der zwei Delegierten, die durch Stimmzettel erfolgte, fielen auf die Kandidaten der Kreditbewilliger 212, 190 und 87 Stimmen, auf die der Opposition 43 und 51.

Für den Kreis Essen wurde als Delegierter zur Reichskonferenz Genosse Limberg mit 254 von 410 abgegebenen Stimmen gewählt. Auf den Kandidaten der Anhänger der Fraktionsmehrheit entfielen 97, auf den der Gruppe Lieblmecht-Rühle 59 Stimmen.

Der Sozialdemokratische Verein für Magdeburg und Umgebung nahm am Montagabend in einer außerordentlichen Generalversammlung Stellung zu der bevorstehenden Reichskonferenz. Nach einer ausgedehnten Debatte, an der sich Anhänger der Minderheit und Mehrheit in gleichem Maße beteiligten, wurde folgende Resolution mit großer Mehrheit angenommen:

„Die Generalversammlung bekräftigt die Reichskonferenz in der Erwartung, daß ihre Teilnehmer alles daran setzen werden, eine Verständigung herbeizuführen, die eine Zusammenarbeit der ganzen Partei zum Wohle der Arbeiterklasse ermöglicht.“

Bei den Delegiertenwahlen wurden zwei Anhänger der Fraktionsmehrheit, die Genossen Bernice und Schumann gewählt. Sie erhielten 151 bzw. 147 Stimmen. Auf die Genossen Haupt und Vater, die sich der Minderheit zuzählten, entfielen 113 bzw. 107 Stimmen.

In den übrigen sieben Reichstagswahlkreisen des Regierungsbezirks Magdeburg Salzweil, Gardelegen, Stendal, Osterburg, Jerichow I und II, Wolmirstedt, Neuhaldensleben, Wanzleben, Calbe, Akersteden und Halberstadt-Wernigerode — wurden die Wahlen ebenfalls bereits vollzogen. In allen sieben Kreisen, die je einen Kandidaten zu entsenden haben, wurden Anhänger der Fraktionsmehrheit gewählt.

Die Kreisversammlung für den sächsischen Wahlkreis Stolberg-Schneeberg wählte einstimmig den aus dem Standpunkt der Fraktionsmehrheit stehenden Genossen Ruhnert-Löhnitz als Delegierten zur Reichskonferenz.

In der Kreisversammlung des 4. sächsischen Reichstagswahlkreises (Dresden-Neustadt) wurde ein Anhänger der Fraktionsmehrheit mit 80 und ein Anhänger der Fraktionsminderheit mit 68 Stimmen gewählt. Der Anhänger der Arbeitsgemeinschaft erhielt 41. Außerdem waren noch einige Stimmen gesplittet.

Letzte Nachrichten.

Baron Burian gegen Andraffy.

Budapest, 13. September. (B. Z. B.) „Budapesti Hírlap“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Minister des Äußeren, Baron Burian. Der Minister sagte u. a.: Ich würde der erste sein, der die Einberufung der Delegationen auf das wärmste begrüßen würde, denn dann würde mein erzwungenes Stillstehen ein Ende haben, und ich könnte meinen Angehörigen in Ruhe gegenüberstehen. Auf die Frage, ob man vielleicht um den Preis von Opfern die feindselige Stimmung Rumäniens hätte entwaffnen können, sagte der Minister: Wenn Graf Andraffy schon die Anreize, die wir Italien, als einer Großmacht, gemacht haben, als demütigend bezeichnet, um wieviel demütigender wäre es gewesen, wenn wir das Wohlwollen des kleinen Rumäniens mit territorialen Konzessionen hätten erkaufen müssen. Auch wäre die wahrscheinliche Folge gewesen, daß der perfide kleine Nachbar mit immer größerer Begehrlichkeit an uns herangetreten wäre. Der Minister sagte dann bezüglich der Kritik, die Graf Andraffy an den Verhandlungen mit Italien geübt hat: Graf Andraffy habe eine Auswahl aus den diplomatischen Notizen vorgelesen und diese so gruppiert, wie es ihm beliebt, ohne andere Stücke zu berücksichtigen. Ich versichere, daß ich andere Stücke auswählen könnte, aus denen hervorgehen würde, daß Sonnino keineswegs dieser vorwurfsfreie wackere Mann ist, als den ihn Andraffy hinstellen geneigt ist.

Über den Friedensschluß sagte der Minister: Wenn die Möglichkeit eines ehrenvollen Friedens sich ergeben hätte, so hätten wir und Deutschland die Gelegenheit mit Freuden ergriffen. Was besonders den rumänischen Einfall betrifft, so scheint das Hineinbringen des unworbereiteten Rumäniens in den Krieg nicht so sehr die Stärke als vielmehr die Schwäche der Entente zu beweisen. Wenn die Entente wirklich so stark wäre, wie sie zu verkündigen liebt, so hätte sie weder nötig einen solchen Druck auf Rumänien auszuüben, noch so bedeutende materielle Opfer zu bringen, um die Hilfe der kleinen Armee Rumäniens zu erkaufen. Ich will nicht prophezeien, aber ich wage zu sagen, daß ich Rumänien gegenüber einen sicheren und schnellen Erfolg erhoffe. Nach dem Zusammenbruch Rumäniens und nach dem geringen Erfolg der jetzigen gemeinsamen Offensive dürfte die Entente denn doch einsehen, daß ein weiteres Blutvergießen ganz zwecklos ist.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 12. September. (B. Z. B.) Am Brandale und im oberen Pofinatal wurden unsere Teilergriffe fortgesetzt. Am Abend des 11. schlugen wir feindliche Angriffe östlich von Griso und im Paratale zurück. Im Norden von Palagareo (am Costeanabach, Poite) bemächtigten sich unsere Alpini einer Stellung, die die Gabelung der Travenanzes beherrscht und so die Verbindungen zwischen dem Travenanzestale und dem Abschnitt von Ragazuel unterbricht. Auf dem übrigen Teile der Front kein wichtiges Ereignis. Gestern Abend warfen feindliche Flugzeuge Bomben auf Venedig, Gardonone, Rafana, Barano, Lagunare, Cerdignano und Aquileja. Es gab einige Verwundete und leichten Sachschaden.

Salonikifront: Im Abschnitt westlich des Kukufoweeß waren unsere Abteilungen am 11. und 12. in kleine Kämpfe mit bulgarischen Abteilungen verwickelt, die sie über die Eisenbahn von Doiran nach Demir Hissan zurückwarfen. Cadorna.

Ballonflug in Italien.

Bern, 12. September. (B. Z. B.) „Corriere della Sera“ meldet aus Rom: Auf dem Monte Mario, dem Versuchsfeld für aeronautische Übungen ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Ein Luftballon, der von Soldaten gehalten wurde, fiel gegen eine Stromleitung. Ein Soldat und ein Sanitätsleutnant wurden getötet.

auf die Erzeugung der Eier wirken würde. Den Unterverteilungsstellen bleibt es überlassen, bei der Konzeptionierung der Eierhändler so zu verfahren, daß der Eierhandel in befriedigende Bahnen geleitet wird. Das gleiche gilt von der Preisbildung. Auch von den Geflügelzüchtereigenschaften, die in einzelnen Gegenden bestehen, erwartet man, daß sie sich mit der Einsammlung der Eier in ihren Bezirken belassen und sich damit in vaterländischem Sinne betätigen werden. Unterbunden soll jedoch der Eierhandel den sogenannten wilden Verkäufern werden, die von weither in die entferntesten Bezirke gereist kommen, um dort die Eier für jeden Preis aufzukaufen. Es ist in Aussicht genommen, eine Regelung der Erzeugung durch Lieferung von Futtermitteln anzugehen.

Mit dieser Maßregel glaubt man, daß die tatsächlich vorhandenen Eier in gerechter Weise und zu mäßigen Preisen unter die Bevölkerung verteilt werden können, und daß es nicht nur den besser gestellten Kreisen möglich sein wird, sich den Genuß von Eiern durch Bezahlung von hohen Preisen zu ermöglichen. Bedacht aber muß bei alledem werden, daß mit Ende des Monats die Hauptperiode der Fäher beendet ist, und daß somit mit einem Rückgang in der Eierversorgung auch trotz der besprochenen Maßregeln gerechnet werden muß.

Erweiterung des Verbots des Kelterns und der Branntweinherstellung von Obst.

Die Reichsstelle für Gemälde und Obst hat ihre Bestimmungen vom 2. September durch Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“ und im „Reichs-Gemälde- und Obstmarkt“ dahin erweitert, daß 1. das Keltern von Kirschen weiter bis zum 1. Oktober und 2. die Verwendung von Kirschen, Birnen, Apfelsinen und Obstresten zur Branntweinherstellung überhaupt verboten ist. Den Anlaß zu dieser Verschärfung hat die Erwägung gegeben, daß es unbedingt nötig ist, daß Obst in erster Linie für die Marmeladen- und Krautherstellung erhalten bleiben muß.

Reichsversicherungsamt und Krankengeld

Zu Beginn des vorigen Jahres verursachte ein Urteil des Reichsversicherungsamtes unter den Arbeitern lebhafteste Erregung. Es handelte sich um die Auslegung des § 189 der Reichsversicherungsordnung der folgenden Bestimmung:

„Erhält ein Versicherter Krankengeld gleichzeitig aus einer anderen Versicherung, so hat die Krankenkasse ihre Leistung so weit zu kürzen, daß das gesamte Krankengeld des Mitgliedes den Durchschnittsbetrag seines täglichen Arbeitsverdienstes nicht übersteigt.“

Das Reichsversicherungsamt stellte sich in einem bestimmten Fall auf den Standpunkt, daß die Krankenkasse berechtigt sei, das Krankengeld um den Betrag der von der Gewerkschaft gewährten Unterstützung zu kürzen. Dem Umstand, daß die Gewerkschaften ihren Mitgliedern keinen Rechtsanspruch auf Unterstützung gewähren, die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft also keine „andere Versicherung“ sei, legte das Reichsversicherungsamt seine Bedeutung bei. Es berief sich auf die Entstehungsgeschichte des Paragraphen und folgerte aus dieser, daß der Gesetzgeber die Anrechnung auch der gewerkschaftlichen Unterstützung auf das Krankengeld gewollt habe.

Mit diesem Urteil hat sich auch eine Konferenz der Gewerkschaftsvorstände beschäftigt. Die Generalkonmission wurde ersucht, auf eine anderweitige Regelung der Rechtslage hinzuwirken und die Vorstände beauftragt, falls diese Bemühungen erfolglos bleiben sollten, nunmehr hat das Reichsversicherungsamt zu erkennen gegeben, daß es an seiner die Arbeiter benachteiligenden Rechtsauffassung festhält.

Der § 578 der Reichsversicherungsordnung überträgt das Recht zum Erlaß von Ausführungsverordnungen zu den gesetzlichen Bestimmungen über die Erhöhung des Krankengeldes für Unfallverletzte dem Reichsversicherungsamt. Dies ist jetzt die entsprechende, vom 28. Juli 1916 datierte Bekanntmachung. Hiernach wird das Krankengeld der Unfallverletzten von Beginn der fünften bis zum Ablauf der dreizehnten Woche nach dem Unfall auf zwei Drittel, das Hausgeld auf ein Drittel des Grundlohnes erhöht, der für den Verletzten bei seiner Krankenkasse maßgebend ist. Das Tagengeld, das den in einem Krankenhaus untergebrachten Verletzten gewährt wird, die keine Angehörige zu ernähren haben, wird gleichfalls, und zwar um den gleichen Bruchteil seines Betrages erhöht, um den das gewöhnliche Krankengeld zu erhöhen wäre, bis zum Höchstbetrage von einem Drittel des Grundlohnes. § 6 dieser Bekanntmachung des Reichsversicherungsamtes lautet:

„Erhält ein Verletzter gleichzeitig Krankengeld aus einer anderen Versicherung, so hat die Krankenkasse ihre Leistung so weit zu kürzen, daß das gesamte Krankengeld des Mitgliedes den Durchschnittsbetrag seines täglichen Arbeitsverdienstes nicht übersteigt, es sei denn, daß die Säugung nach § 189 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung ganz oder teilweise ausgeschlossen hat.“

Die Kürzung des Krankengeldes setzt nicht voraus, daß der Verletzte einen Rechtsanspruch auf das Krankengeld aus einer anderen Versicherung hat.

Während der erste Absatz dieses Paragraphen dem § 189 der Reichsversicherungsordnung angepaßt ist, steht der zweite Absatz schärflich mit dem § 189 im Einklang. Dieser Absatz zieht die Konsequenz aus der Auffassung, die in dem eingangs erwähnten Urteil ihren Niederschlag gefunden hat. Die Bekanntmachung des Reichsversicherungsamtes hat aber Geltung.

Das ist in erster Linie vom sozialen Standpunkt aus sehr bedauerlich. Denn durch diese Vorschrift wird das lange Krankengeld noch erheblich verkürzt. Und doch weist die große Erhöhung der Lebenshaltungskosten unbedingt auf eine Erhöhung des Krankengeldes hin. Der Tiefstand des Krankengeldes wird jedem Kranken infolge der Teuerung doppelt spürbar. Ist doch die Höhe des Krankengeldes und des ihm zu Grunde liegenden Grundlohnes oder gar des ortsüblichen Tagelohnes dieselbe wie vor dem Kriege geblieben. Das Krankengeld reicht infolgedessen auch zur Beschaffung der notwendigsten Nahrung nicht entfernt aus. Das hat zur Folge, daß viele Kranke sich vorzeitig gesund schreiben lassen. Das führt oft zu neuen schweren Erkrankungen und bei Unfällen leider häufig zu neuen Unfällen. Sind diese Folgeerscheinungen der jetzigen Lage dem Reichsversicherungsamt unbekannt geblieben. Fast muß man das nach seiner Bekanntmachung annehmen. Und doch dürfte es ihm schwerlich entgangen sein, daß die Zahl der Unfälle, die denselben Arbeiter treffen, sich auffällig erhöht hat.

Der Auslegung des Gesetzes durch das Reichsversicherungsamt läßt sich nur durch die Gesetzgebung entgegenzetren. Dringend ist es, daß dies geschieht und gleichzeitig dabei durch Gesetz eine erhebliche Erhöhung des Krankengeldes Platz greift. Die Gewerkschaften können die jetzige Rechtslage nicht unbeachtet lassen. Es gilt zu verstehen, daß die den kranken Mitgliedern der Gewerkschaften zugehenden Unterstützungen als Weisheiten für die Krankenkassen Verwendung finden. Die Stellungnahme des Reichsversicherungsamtes räumt überdies den Rassenvorständen das Recht ein, nach der Gewerkschaftszugehörigkeit ihrer Mitglieder zu forschen. Es ist leicht auszubedenken, was für einen Gebrauch besonders die Vorstände von Betriebskrankenkassen von solch einem Recht machen und welche Folgerungen sie daraus ziehen können. Die Gewerkschaften werden daher mit der Ergreifung von Abwehrmaßnahmen nicht zögern dürfen.

Es muß jedem unbenommen sein, die staatsmännischen Fähigkeiten des deutschen Reichskanzlers nach den Maßstäben zu werten, die er selbst anzulegen gewohnt ist; mögen alle alles sich vorbehalten, mag man schon jetzt in die Riste der Gegner der Neuorientierung sich einzeichnen, wie sie angeblich dem Reichskanzler für die Zeit nach dem Kriege vorschwebt — viel leicht wird ja auch das Zentrum dazu gehören (!) — jetzt, in dem gegenwärtigen weltgeschichtlichen Augenblick sollte man den Mann am Steuer nicht mit fortgesetzten Verdächtigungen belästigen. . . . Niemand, welcher Partei er auch angehört, kann ihm diese Verantwortlichkeit abnehmen; da sollte man ihm wenigstens seine schwerige Stellung nicht noch mehr erschweren, am wenigsten durch Verdächtigungen, für welche es an der sicheren tatsächlichen Unterlage fehlt. Das meine ich, wäre patriotische Pflicht, mag man im übrigen aus diesem und jenem Grunde diese oder jene Ansicht über Herrn v. Bethmann Hollweg und seine staatsmännischen Eigenschaften hegen.“

Bei aller Wärme, mit der Herr Dr. Bachem sich hier für den „Mann am Steuer“ einsetzt, verdient doch die Reserve beachtet zu werden, mit der er über die „angeblichen“ Neuorientierungspläne des Kanzlers und die Stellung des Zentrums zu diesen Plänen spricht. Was im übrigen die von Dr. Bachem erwähnten Zeppelin-Briefe betrifft, so kann man sich nur dem Wunsche anschließen, daß sie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Je schneller derartige „Dokumente“ dem „Privatgebrauch“ einzelner Cliquen entzogen werden, desto eher werden sich die breiten Massen der Bevölkerung ein klares Bild von den politischen Bestrebungen der einzelnen Gruppen, Parteien, Klassen machen können.

Kein Burgfrieden.

Zu der angeblichen Störung des Burgfriedens durch die Sozialdemokratie in Liegnitz wird uns noch geschrieben:

In der dritten Abteilung der Stadtverordnetenversammlung zu Liegnitz in Schlesien hat die Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen über die Hälfte der Stimmen erhalten, sie besitzt aber trotzdem von den zwölf Mandaten dieser Klasse nur vier. Die Genossen verlangten deshalb statt des durch Tod erledigten einen Mandats bei den Erloswahlen deren zwei. Das Komitee der bürgerlichen Parteien dies Verlangen ablehnte, werden die Wahlen im Herbst nicht unterm Burgfrieden, sondern noch einem Wahlkampf der Parteien stattfinden.

Stimmhaltung.

Für die Reichstagsersatzwahl im schlesischen Wahlkreis Krieg-Kamslau, die an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Dr. Dertel vorgenommen werden muß, hat der sozialdemokratische Verein des Wahlkreises strikte Wahlenthaltung beschlossen. Das gleiche gilt für die Landtagsersatzwahl im selben Kreise.

Das tägliche Brot.

Schweinehaltung und Hauschlachtung.

Das Kriegsernährungsamt schreibt: „Das Hauschlachtungsverbot, das seinerzeit aus technischen Gründen erlassen wurde, hat vielfach zu Beunruhigungen unter den Tierhaltern geführt, die noch immer nicht ganz verschwunden sind. Im vollen Umfang war jenes Verbot nur ganz kurze Zeit in Kraft. Es kann auf das Bestimmteste versichert werden, daß ein Hauschlachtungsverbot nicht wieder erlassen wird.“

Andererseits ist es selbstverständlich, daß ein bestimmter Teil des bei der Hauschlachtung sich ergebenden Fleischertrages dem betreffenden Tierbesitzer auf die ihm durch die Reichsfleischkarte zustehende Fleischbezugsmenge angerechnet werden muß. Ein anderes Verfahren würde zu ungemein großen und sehr ungerechten Verteilungsunterschieden in der Bevölkerung führen. Jedoch ist die anzurechnende Menge so gewählt, daß der Tierhalter noch immer aus der Aufsicht und Fütterung einen bedeutenden Vorteil gegenüber demjenigen hat, die sich ein Schlachtvieh nicht halten können oder wollen. Dieser Vorzug ist auch notwendig, weil jede Tierhaltung nicht nur mit Arbeit, sondern auch mit einem zum Teil nicht geringen Risiko verbunden ist.

Andererseits aber muß sich jeder, der in der Lage ist, ein oder mehrere Schweine halten und füttern zu können, sagen, daß er sich selber schwer schädigt, wenn er die Tierhaltung aufgibt. Dann hat er nicht nur nicht das Fleisch, das er bisher selbst gezogen hat, sondern muß sich beim Metzger kaufen. Mit jedem Eßer mehr aber müssen ganz naturgemäß die dem einzelnen zugeteilten Anteile immer geringer werden. Auch in den Städten ist es erwünscht, die Schweinehaltung zu fördern. Wer einen Hof, ein Stück Land hat, auf dem ein Stall steht oder errichtet werden kann, sollte diese Gelegenheit benutzen. Nach § 9 der Verordnung über die Regelung der Fleischversorgung vom 21. August 1916 ist es zulässig, auch mehrere Personen, die gemeinsam ein Schwein halten und mästen, als „Selbstversorger“ anzusehen und die ihnen dadurch zukommende Bevorzugung zu gewähren. Dabei ist an Fälle gedacht worden, in denen mehrere Familien auf denselben oder benachbarten Grundstücken wohnen und in einem gemeinsamen Stall ein Schwein halten. Immer ist hierbei eine persönliche Betätigung des oder der Eigentümer des Schweins beziehungsweise ihrer Angehörigen an dem Schlachtvieh vorausgesetzt. Eine finanzielle Betätigung an der Mästung genügt nicht. Wer also sein Schwein in eine sog. „Wiespension“ gibt und dort mästen läßt, gilt nicht als Selbstversorger, selbst wenn er vielleicht die Abfälle des Haushalts dorthin abliefern. Er muß eben das Tier in unmittelbarem Gewahrsam haben, sonst hält er es nicht selbst. Diese Bestimmung entspricht durchaus den schon jetzt geltenden Vorschriften. Zu betonen ist aber, daß nicht nur der Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebes als Selbstversorger in Betracht kommt, sondern der Haushalt, der die eigene Haltung und Mästung eines Schweines gestattet, dazu berechtigt, an der Bevorzugung des Selbstversorgers Anteil zu haben.“

Die Verteilungsregelung der Eier.

Die vom Kriegsernährungsamt neu eingerichtete Reichs-Eierstelle gibt folgendes bekannt:

Durch Verordnung vom 12. August d. J. ist auch der Verbrauch von Eiern unter gesetzliche Regelung gestellt worden. Die in dieser Verordnung vorgesehenen Behörden haben ihre Tätigkeit begonnen. Die gesetzlichen Bestimmungen sollen aber in vollem Umfange erst am 18. September 1916 in Wirksamkeit treten. Da bisher die Bestimmungen der Eierverordnung in der Öffentlichkeit noch wenig bekannt geworden sind, so dürfte die nachfolgende Erläuterung für diese von Interesse sein:

Es wird eine Reichsverteilungsstelle gebildet und in der Regel für jeden Bundesstaat eine Landesverteilungsstelle, unter der wieder Bezirksverteilungsstellen stehen können. Die Landesverteilungsstellen mit ihren Unterabteilungen sollen in ihren Bezirken die Erzeugung und den Verbrauch der Eier ermitteln, und namentlich den Verbrauch durch eine gleichmäßige und gerechte Verteilung über Stadt und Land regeln. Als Ausgleich werden hierbei die im Ausland gekauften Eier dienen. Der Eierhandel darf nur von Eierhändlern betrieben werden, die von der Landesverteilungsstelle mit Ausweisarten versehen worden sind, desgleichen die Kontervierung von Eiern. Es bleibt den einzelnen Bundesregierungen überlassen, die Einführung von Eierkarten vorzuschreiben, doch sollen die Selbstversorger davon keinesfalls betroffen werden. In diese Regelung wird auch der Verbrauch von Eiern in Gastwirtschaften und Konfektionsbetrieben einbezogen werden. Bei Erlaß der Verordnung ist die Erwägung maßgebend gewesen, daß die Festsetzung von Höchstpreisen oder gar die Enteignung der Eier nicht zu dem gewünschten Ziele führen, sondern nur hindernd

Gewerkschaftliches.

Außerordentlicher Verbandstag der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Berlin, 18. September.

Dritter Verhandlungstag.

In der Vormittags-Sitzung wurden die Verhandlungen über den Reichstaxtarif beendet. Insgesamt haben 87 Delegierte zu diesem Punkte gesprochen. Die Ansichten über den Wert der Reichstaxtarif-Verhandlungen waren geteilt. Es wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß durch den Reichstaxtarif die örtlichen Tarifverhandlungen ausgesetzt würden und dadurch Verschlechterungen auf einzelne Orte eintreten könnten. Nachdem Stähmer im Schlußwort betonte, daß durch die Reichstaxtarif-Verhandlungen keineswegs die örtlichen Tarifverhandlungen beeinträchtigt werden, daß ihnen im Gegenteil die Wege geebnet werden sollen, wurde die gestern bekanntgegebene Resolution angenommen.

Ueber die Arbeitslosenfürsorge in der Schneiderei, Konfektion und Wäscheindustrie

referierte Plog - Leipzig. Redner fürte die Stellung der Gewerkschaften zu dieser Frage auf den früheren Kongressen an und erklärte, daß die Arbeitslosenfürsorge, wenn die Gesetzgebung diesen Vorschlägen gefolgt wäre, eine ganze Anzahl von Schwierigkeiten auf diesem Gebiete während der Kriegszeit behoben gewesen wäre. Infolge der Kriegswirkung sei eine Reihe von Städten zur Schaffung einer Erwerbslosenfürsorge gekommen. Die dann folgenden Maßnahmen der militärischen und Zivilbehörden, die zu erheblicher Produktionsbeschränkung führen, bedingen und machen eine weitergehende Unterstützung des gänzlich oder teilweise Arbeitslosen unbedingt nötig. Dadurch daß die auf Grund der Bundesratsverordnung geschaffene Textilarbeiterfürsorge auch auf die Arbeitslosen in den Web-, Wirk- und Strickstoffe verarbeitenden Gewerbebezügen Anwendung finden sollte, ist die Grundlage für die Unterstützung gegeben und in den Orten, wo die Textilarbeiterfürsorge besteht, haben unsere Arbeitslosen einen Anspruch auf diese. Dort wo die Arbeitslosenfürsorge nach den Grundsätzen der Textilarbeiterfürsorge nicht besteht, haben unsere Ortsverwaltungen die Aufgabe, für deren Einführung mit Nachdruck zu wirken. Redner behandelte dann die Tätigkeit der Ortsverwaltungen zur Einführung der Arbeitslosenfürsorge, den Umfang der bestehenden gänzlichen und teilweisen Arbeitslosigkeit und die Stellung der einzelnen Gemeinden. Die ablehnende Haltung und die langsame Erledigung in dieser Angelegenheit fordere zu schärferer Kritik heraus. Es sei nötig, daß die höheren Verwaltungsbehörden hier eingreifen und nachhelfen.

In den Piloten, wo bisher keine Eingabe zwecks Einführung der Arbeitslosenfürsorge gemacht sei, müsse dieses unbedingt überall dort geschehen, wo Betriebe unserer Branchen, die unter die Streckungs-

verordnung fallen, vorhanden sind. Redner behandelte dann die in den verschiedenen Orten bestehende Arbeitslosenfürsorge, deren Verschiedenartigkeit, teilweise Anzulänglichkeiten und die Forderungen, welche zu einer befriedigenden Ausgestaltung der Arbeitslosenfürsorge erforderlich sind und die in der vorgelegten Resolution angeführten Einzelheiten.

Vespärd alsdann noch die im Interesse der Arbeiter und Arbeiterinnen erforderlichen Änderungen der Streckungsverordnungen und die hierzu in einer Resolution gemachten Vorschläge.

Aufgabe der Ortsverwaltungen sei es, mit allen Kräften für eine unseren Forderungen entsprechende Arbeitslosenfürsorge zu wirken, um unsere Kollegen und Kolleginnen vor größter wirtschaftlicher Not zu schützen.

Ueber die Wirkung der Bundesratsverordnung für Streckung der Arbeit in der Bekleidungs- industrie

sprach Stähmer - Berlin. Er führte aus, daß der Schneiderberuf mit als einer jener gelte, der schon zu normalen Zeiten am meisten mit der Arbeitslosigkeit zu kämpfen hat. Eine Ausnahme im Juni ergab, daß die gänzliche Arbeitslosigkeit der Mitglieder noch nicht von großem Umfange ist, dagegen die Zahl der verkürzt arbeitenden Personen eine erhebliche Folge der Arbeitsstreckung ist.

Sehr oft werde nun durch die Arbeitslosigkeit der Kollegen der Verband an seinem Mitgliederbestand geschwächt; um diesen Verlust zu verhindern, empfehle er folgenden Antrag zur Annahme:

1. Die Beitragsfreiheit bei vollständiger Arbeitslosigkeit bleibt bestehen.
2. Ueber die Beitragsfreiheit bei nicht vollbeschäftigten Mitgliedern wird von Fall zu Fall durch die Ortsverwaltung bezw. durch den Vorstand entschieden.
3. Die Kostunterstützung in Fällen der Arbeitslosigkeit wird bis zur Dauer von insgesamt zehn Wochen nach den bereits bestehenden Sätzen gewährt.
4. Wenn ein Mitglied die von der Stadt oder Gemeinde gewährte Unterstützung nicht in Anspruch nimmt, ist die Verbandsunterstützung zu verweigern.
5. Wenn bei Gewährung städtischer Unterstützung die gewerkschaftliche Unterstützung in Anrechnung gebracht wird, kann Unterstützung aus den Mitteln unseres Verbandes nicht gewährt werden.

Wie im vergangenen Jahre ist auch für dieses Jahr eine Weibnachtsunterstützung für die Familien der zum Heeresdienst eingezogenen Kollegen geplant. Dieselbe soll für verheiratete Kollegen je nach Dauer der Mitgliedschaft 6, 8 und 10 M., für unverheiratete Kollegen je nach Dauer der Mitgliedschaft 4, 5 und 6 M. betragen. Außerdem sollen auch die bereits ausgesteuerten Kollegen mit Summen bedacht werden.

Die Debatte war recht kurz und wurde durch Schlußantrag beendet. Von Fischer - Hannover, Walter - Breslau und anderen wurden Vorschläge gemacht, wie die Unterstützung in einzelnen Orten gehandhabt wird. Brenneke - Frankfurt betont, daß man diese

ganze Unterstützungsfrage lediglich als Kriegsmäßnahme zu betrachten habe und der Verband gar keine Ursache hat, Unterstützungen zu zahlen, die den Kollegen bei Gewährung der kommunalen Unterstützung in Anrechnung gebracht werden. Im weiteren ist er der Meinung, daß man sich auch wieder mehr im Verband mit Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschäftigen muß.

Kalowski - Braunschweig führt aus, daß die Verordnung zur Streckung der Stoffe dazu geführt hat, daß manche Kunden sich gleich ein halbes Duzend Anzüge auf einmal bestellt haben, dadurch würde unbedingt in der Maßschneiderei ein Rückschlag eintreten und die Arbeitslosigkeit sehr groß werden. Er wünscht vom Vorstand Material, das bei Beratung über die Unterstützungsfrage mit den Stadtverwaltungen benutzt werden kann. Im weiteren wird darüber geflagt, daß die Unterstützung der Bedürftigkeitsfrage oftmals schändlich betrieben wird. Angeregt wird weiter, daß die Unterstützung vom Reiche allein gezahlt und so gestaltet werde, daß der Armenpfleger dabei ausgeschaltet wird.

Veschloffen wurde, das vorliegende Material zu sammeln und herauszugeben.

Nach den Schlußworten der Referenten wurden die bereits erwähnte Resolution und die dazu gestellten Anträge angenommen. Die Sitzung wurde auf Donnerstag früh vertagt.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Lithographen und Steindrucker.

Unter Hinweis auf den gestrigen Artikel „Sie lernen nicht um“ machen wir die Lithographen und Steindrucker Berlins auf den Beschluß der Vertrauensmännerversammlung vom 24. Juni 1916 aufmerksam, nach dem der Arbeitsnachweis des Schuhverbandes geipert ist. Die Ortsverwaltung.

Teuerungszulage in der Vergolderbranche. Die letzte Mitglieder-versammlung nahm eingehend Stellung zu der Frage der Teuerungszulage. In der längeren Debatte kam eine große Misstimmung gegenüber dem langjahren Verlauf der Verhandlungen zum Ausdruck. Zuletzt wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige Verammlung der Vergolder, Goldbleibenarbeiter und Arbeiterinnen nimmt Kenntnis von den Verhandlungen mit den Herren Unternehmern betreffs einer Teuerungszulage. Die Verammlung erklärt, daß gerade für die Vergolderbranche in Anbetracht der die Gesundheit schädigenden Arbeit und der gegenwärtigen schlechten Ernährung eine Teuerungszulage von 40 bis 45 Proz. berechtigt ist und auf keinen Fall bei der Vergolderbranche eine Ausnahme mit einer minderen Teuerungszulage gemacht werden kann. Die Vergolder würden sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dagegen wehren.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Jemlich kühl, im Westen zeitweise auffarend, jedoch überwiegend bewölkt, öfter Regenschauer. Deftlich der Oder und an der Küste meist trübe und weitverbreitete, besonders im Nordosten starke Regengüsse.

A. WERTHEIM

Nur die mit † versehenen Artikel sind bezugscheinpflichtig.

Damen-Wäsche

†Damenhemden mit Stückerel	2.25	2.90
†Damenhemden mit Stückerel	3.25	5.25
†Beinkleider dazu passend	3.15	4.60
†Nachthemden dazu passend	7.75	
†Damen-Beinkleider	2.65	bis 3.50
†Stickerei-Röcke	5.25	6.00 8.75
Stickerei-Röcke mit Ein- und Ansatz	13.50	17.00
†Untertaillen	1.60	bis 5.00
Untertaillen mit Stickerei-Ein- und Ansatz	5.25	6.25
Elegante Stickerei- u. Spitzen-Garnituren:		
Damenhemden	6.75	7.50 7.75 8.50
Beinkleider dazu	6.50	6.50 9.00 7.25
Nachthemden dazu	10.25	15.00 13.50 14.00

Bettwäsche

†Bettbezüge aus Louisiana-tuch	8.00	9.25	10.25
†Kissenbezüge dazu	2.40	2.50	2.85
†Damast-Garnituren für ein Deckbett u. 2 Kissen	12.75	16.90	
†Betttücher etwa 225 cm lang	5.75	an	

Korsette

Farbig gestreifter Stoff	2.45
Körper bla oder blau, lange Form, 2 Halter	3.50
Satinstoff blau gemustert, 2 Halter	5.50
Halbleinenstoff grau, 2 Halter	6.00
Weißer Batist halbhohle Form, 2 Halter	6.25
Mode-Drell lange Form, 2 Halter	7.50
Satinstoff für starke Figuren	12.25
Reform-Korsette mit Achsel	3.85
Reform-Korsette mit herausnehmbaren Stangen	6.00
Hüfhalter Satin, mit 2 Haltern	4.75
Hüfhalter Satin, oben Trikotstoff, 2 H.	5.75

Wäsche-Stoffe

†Wäschestoffe gute Sorten	1.35	1.60
Wäschestoffe fein und starkfädig	2.10	bis 2.75
†Louisianatuch besonders gut, Kissenbreite	1.60	
†Louisianatuch besonders gut, Deckbettbreite	2.40	
†Bettsatin versch. Streifenmuster, Kissenbreite, Mtr.	1.25	1.45
†Bettsatin versch. Streifenmuster, Deckbettbr., Mtr.	2.00	2.15
†Bettdamast verschied. Muster, Kissenbr., Mtr.	1.65	1.85
†Bettdamast verschied. Muster, Deckbettbreite, Mtr.	2.40	2.90
Bettdamast besonders fein, Kissenbreite, Meter	2.25	Deckbettbreite, Mtr. 3.35
Bettkörper federleicht, Kissenbreite, Mtr.	2.15	2.60 3.50
Deckbettbreite, Meter	4.25	5.25
Gebleicht Leinen besonders gut, etwa 82 cm breit	3.15	3.60
†Baumwoll. Bettlakenstoffe etwa 150 cm br., Mtr.	2.55	
†Halbleinene Bettlakenstoffe etwa 160 cm breit, Mtr.	3.00	
†Geklärte Reinleinen besonders vorzuziehen, etwa 84 cm breit	2.50	2.75
†Schürzenstoffe versch. Muster u. Breiten, Mtr.	2.10	2.25
†Vorhangstoffe creme und goldfarbig, etwa 80 cm	1.30	1.60
100 cm	1.60	1.80
130 cm	2.10	2.40
160 cm breit	2.30	3.20

Wäsche-Stickereien

Stück von etwa 4—4.50 Mtr.
70, 95 Pf. 1.25 1.75 2.25

Lebensmittel

Schollen . Pfund von	33 Pf. an
Merlan	58 Pf.
Schellfische	68 Pf. an
Thunfischfilet	3.25
Makrelen	85 Pf.
Aalquappen	70 Pf.

Donnerstag bis
Sonnabend
soweit Vorrat.

See-Muscheln	3 Pfund 40 Pf., 10 Pfund 75 Pf.
Lebende Aale zu Tagespreisen	
Krebse	Mdl. 1.25 2.25 3, 4, 5 M.
Suppenhühner Junge Brathühner	Pfd. von 2.75 an
Tauben	Stück von 1.50 an

Donnerstag, soweit Vorrat:

Weißkohl	Pfund 7 u. 10 Pf.
Wirsingkohl	Pfund 10 u. 15 Pf.
Rotkohl	Pfund 12 u. 15 Pf.
Kohlrabi mit Grün	Pfund 9 u. 15 Pf.
Mohrrüben	Pfund 14 Pf.
Grüne Bohnen	Pfd 29 Pf. 10 Pfd 2.80
Blumenkohl Kopf	15, 25 u. 35 Pf
Bayr. Rettiche	Stück 10 u. 15 Pf.
Maiskolben	Pfund 15 Pf.
Tomaten	Pfund 35 u. 45 Pf.
Radieschen	3 Bund 10 Pf.
Koch-Aepfel	Pfund 13 u. 22 Pf.
Gravensteiner Aepfel	Pfund 38 Pf.
Weintrauben	Pfd. 75 Pf., Kat. ca. 2.10
Pfirsiche	Pfund 85 Pf.
Melonen	Pfund 45 u. 60 Pf.
Zitronen	Duzend von 80 Pf. an

Milfix-Kunstfleisch
Vorführung u. Kostproben
Leipziger Str. 11-1 u. 5-7 Uhr. Dose 2.20

Donnerstag bis Sonnabend,
soweit Vorrat:

Junge Gänse	Pfd von 2.75 an
Gänseklein	Stück 3.75
Gänsestückenfleisch	Pfd. 2.95
Frische u. gepökelte Gänsebrust mit Knochen	
Gänseleber	Rebhühner

Geräucherte Matjesheringe	Stück 42 Pf.
Sprottbücklinge	Pfd. 1.30
Kieler Bücklinge	Stück 35 Pf.
Flund:rn	Pfund von 1.40 an
Kieler Sprotten	Pfd. 2.40
Rindfleischähnliches Fischfleisch	

Chronik des Weltkrieges.

14. September 1914.

Westlicher Kriegsschauplatz: Auf dem rechten Heeresflügel schwere, bisher unentschiedene Kämpfe. Ein von den Franzosen verführter Durchbruch wurde siegreich zurückgeschlagen.

Ostlicher Kriegsschauplatz: Die Vernichtung der russischen ersten Armee schreitet fort. Die eigenen Verluste sind verhältnismäßig gering. Die Karawane Hindenburg ist mit starken Kräften bereits jenseits der Grenze. Das Gouvernement Suwalki wurde unter deutsche Verwaltung gestellt.

Der kleine deutsche Kreuzer „Hela“ wurde durch einen Torpedoschuß eines feindlichen Unterseebootes zum Sinken gebracht. Fast die ganze Besatzung wurde gerettet.

14. September 1915.

Westlicher Kriegsschauplatz: An der Front lebhaftere Artilleriekämpfe. Auf Teker, Mörchingen, Chateau-Salins und Donaueschingen wurden von feindlichen Fliegern Bomben abgeworfen. Bei Donaueschingen wurde ein Personenzug mit Maschinengewehrfeuer beschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz: Die Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Hindenburg rückte zwischen der Düna und der Wilja weiter vor. 3200 Gefangene wurden eingebracht.

Am südlichen Teil der Front gingen die Russen erneut zum Angriff über.

Deutsche Wasserflugzeuge unternahmen im Rigaischen Meerbusen einen erfolgreichen Angriff gegen russische Seestreitkräfte.

Antwort an den „Vorwärts“.

Im Berliner Tageblatt habe ich kürzlich geäußert:

Wir müssen uns bemühen, die Erregungen und Verbitterungen, die im Kriege nicht ausbleiben können, nicht als verhängnisvolles Erbe in die neue Zeit hinüberzunehmen. Volles Recht wird der nationale Stolz haben, der sich seiner Opfer für die Erhaltung des Volkes erinnert; aber er wird auch die Verehrung vor dem Heldenname bei den Feinden nicht vergessen. Und der Stolz der neuen Zeit kann allein die friedliche Arbeit der Völker in gegenseitiger Achtung voreinander sein. Und hier muß doch gesagt werden, daß die Katastrophe vielleicht hätte vermieden werden können, wenn nicht in allen Völkern unverantwortliche Heger und Schreier ihr Unwesen getrieben hätten. Jetzt im Kriege noch mögen sie das Maul doppelt weit aufreißen, die auswärtige Politik beim Friedensschluß und nachher aber wird damit beginnen müssen, diese Elemente rücksichtslos bloßzustellen und beiseite zu schieben.

Der „Vorwärts“ druckt (7. September) dies ab und schreibt dazu:

Nachher... Diese tröstliche Aussicht soll uns wohl darüber hinweghelfen, daß es in nicht unwesentlichem Maße die Politik Heines und seiner Freunde gewesen ist, die den „unverantwortlichen Heger und Schreier“, die nachher beiseite geschoben werden sollten, in den Sattel geholfen hat.

Mit der Redaktion des „Vorwärts“ mich auseinanderzusetzen, hätte für mich kein Interesse, aber mit Rücksicht auf die Berliner Genossen, die dies Blatt lesen müssen, weil sie leider kein anderes haben, muß ich erwidern. Also ich und meine Freunde sollen den Heger in den Sattel geholfen haben, die vor dem Kriege ihr Unwesen getrieben und vielleicht beigetragen haben, die Katastrophe untermiesslich zu machen? — Wann soll ich dies getan haben? — Woher? — Ich verlange Antwort! — Ich habe nicht das Recht, eine so dreiste Verleumdung unwidersprochen zu lassen, die darauf abzielt, mir und meinen Freunden die Schuld am Kriege zuzuschreiben.

Der „Vorwärts“ rechnet darauf, seine Leser verwirren zu können, und will uns unterschieben, weil wir nach Ausbruch des Krieges für die Verteidigung des Vaterlandes eingetreten sind, weil wir uns als Deutsche fühlen, unsere deutsche Nation hochhalten und nicht den Russen, Engländern und Franzosen samt ihrer mehr oder weniger unwillkürlichen Gefolgschaft preisgeben wollen, wären wir Kriegsschreier und Heger oder hätten diesen doch „in den Sattel geholfen“.

Ich kann und will nicht im Rahmen anderer reden. Wie ich im Laufe dieser zwei Jahre jeder Ausartung des Völkerverhaßes sofort entgegengetreten bin, weiß die Öffentlichkeit. Nur können diejenigen es nicht wissen, die bloß den „Vorwärts“ lesen, der beharrlich meine Äußerungen verschwiegen oder verdreht hat.

Wer aber der politischen Reaktion, die gleichbedeutend ist mit nationalistischen Hegerieen, „in den Sattel hilft“, das hat die Erfahrung gelehrt. Die Wahlniederlage von 1907 wurde der Sozialdemokratie unter der Parole zugesagt, daß sie Feindin ihrer Nation wäre und bei einer Bedrohung deutschen Bodens durch den äußeren Feind im Rücken unserer Heere die Revolution entfesseln und dadurch den Feind ins Land lassen wolle. Ich war es nicht, der durch unverantwortliches revolutionäres Gerede den Vorwand für solche Verleumdungen gegeben hat. Und wenn bei der Finanzreform diejenigen mit ihrem Willen durchgebrungen wären, die uns dem „Prinzip“ zuliebe zwingen wollten, die Erbschaftsteuer abzulehnen, so hätte die Partei eine neue ganz vernichtende Niederlage erlebt.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen aber ist den Heger und Schreier, die vor dem Kriege ihr verhängnisvolles Unwesen getrieben haben und es während des Krieges fortsetzen möchten, der Triumph sicher, wenn die Sozialdemokratie sich selbst ausschaltet. Sie tut dies, wenn sie der zerstörenden Treiberei in der Art des „Vorwärts“ nicht Herr wird. Dieses Blatt hebt meine Worte

Volles Recht wird der nationale Stolz haben, der sich seiner Opfer für die Erhaltung des Volkes erinnert...

durch Sperrdruck hervor und macht ein denunziatorisches Ausrufungszeichen dazu, das heißen soll: „Hört! hört! Heine will nationalen Stolz!“ — Jawohl, den Stolz auf die Größe der Leistungen unseres Volkes habe ich, zugleich mit „voller Verehrung des Heldenname bei den Feinden“. Daß der „Vorwärts“ kein deutsches nationales Ehrgefühl kennt, weiß ich. Er hat ja auch den Genossen Heilmann heftig angegriffen, weil dieser einen deutschen Sieg will. Den will auch ich, und jeder muß ihn wollen, der nicht Deutschlands Niederlage will. Denn ein Drittes gibt es nicht. Die Mächte und Kräfte sind so verteilt, daß kein Vernünftiger an einen Sieg Deutschlands denken wird, daß unsere Feinde zu Boden träte und unterjocht. Wenn Deutschland den fürchterlichen Ansturm von allen Seiten abschlagen und mit seinen Verbündeten unversehrt, aber innerlich und äußerlich gefestigt aus diesem Kriege hervorgehen wird, so ist das

ein deutscher Sieg. Alles andere wäre eine deutsche Niederlage.

Ein unentschiedener Krieg ist nicht möglich, er ist lediglich eine Phantasia derjenigen, die nicht wagen, offen eine Entscheidung für ihr Vaterland zu wünschen. Die Feinde wollen eine Entscheidung gegen Deutschland, seine volle und vernichtende Niederlage. Da bleibt uns eben nichts übrig, so sehr wir den Krieg verabscheuen und sein Ende herbeisehnen, als diesen Wunsch der Feinde zu vereiteln. Das aber wäre eben der Sieg Deutschlands. Man läusche sich auch nicht mit der Vorstellung, als ob der „unentschiedene Krieg“ einfach die Herstellung des Zustandes vor seinem Ausbruch bedeuten könnte. Eine solche Wiederherstellung ist unmöglich. Mit dem Verlangen der Abkehrung aller Grenzen genau wie am 1. August 1914 wäre noch nichts gesagt; immer noch bliebe Deutschland im Verlust durch die Zerstörung seines friedlichen ausländischen Handels und der darin angelegten Werte. Deshalb wäre auch ein solches Ende eine Niederlage Deutschlands. Aber es lohnt gar nicht, davon zu reden, weil die Gegner nicht daran denken, auf Eroberungen in Europa und den Kolonien zu verzichten.

Deshalb muß ich wiederholen: wer Deutschlands Sieg nicht will, der will Deutschlands Niederlage; oder er will sie wenigstens mit in den Kauf nehmen, und sie erscheint ihm weniger schlimm, als wenn er auf seine kleinen parteipolitischen Schwächlichkeiten und Rechtsbarieren, die er sehr zu Unrecht „Prinzipien“ nennt, verzichten sollte.

Den nationalistischen Schreier aber hilft jetzt unbedingt in den Sattel, wer den Vorwand gibt zu sagen: „Die Sozialdemokratie will keinen deutschen Sieg, sondern eine deutsche Niederlage und verhöhnt den Stolz der Nation auf ihre Opfer für die Erhaltung des Volkes.“

Eine Sozialdemokratie, die sich einen solchen Vorwurf zuzüge, wäre in den Augen des deutschen Volkes gerichtet und ausgeschaltet, was freilich noch nicht das Ende der sozialdemokratischen Idee bedeuten würde. In den Sattel kämen damit diejenigen, von denen wir wissen, daß ihre überstiegenen Ausbrüche viel weniger bezwecken, den äußeren Feind niederzuzwingen, als im Innern jeden demokratischen und sozialen Fortschritt zu verhindern.

Es ist unmöglich, daß die deutsche Sozialdemokratie für das Treiben des „Vorwärts“ die Verantwortung trägt, daß sie länger ein Blatt ihr „Zentralorgan“ nennt, das in dieser fürchterlichen Gefahr den Sieg Deutschlands nicht will und den nationalen Stolz demütigt. Sonst fallen die Folgen auf die ganze Partei. (a) Berlin, 9. 9. 16.

Wolfgang Heine.

Wir benutzen gern die Gelegenheit, ausführlicher darzulegen, was wir in unserer Notiz vom 7. September über die Äußerungen Heines kurz angedeutet haben. Heine erkannte in seinem Artikel im „Berliner Tageblatt“ an, daß „die Katastrophe vielleicht hätte vermieden werden können, wenn nicht in allen Völkern unverantwortliche Heger und Schreier ihr Unwesen getrieben hätten“. Dieses Eingeständnis bedeutete — trotz seiner Verlaujulierung — für Heine einen Fortschritt, denn bisher haben wir in allen seinen Kriegsartikeln, die übrigens nur Variationen stets eines und desselben Artikels darstellen, nur gehört, daß die „anderen“ die einzigen Schuldigen seien. Von seiner neuen Erkenntnis durchdrungen, daß es auch bei uns etwas ähnliches wie „Heger“ und „Schreier“ gibt, die bei Kriegsausbruch natürlich nicht vom Erdboden verschwinden, sondern mit vergeblicher Energie ihr Handwerk fortsetzen, kündigt Heine energisch an, „bei Friedensschluß und nachher“ werde die auswärtige Politik damit beginnen müssen, diese Elemente rücksichtslos bloßzustellen und beiseite zu schieben“.

Jetzt freilich findet Heine sich kleinlaut damit ab, daß diese selben Elemente „das Maul doppelt weit aufreißen“. Gibt es ein drastischeres Eingeständnis der eigenen Impotenz und Unfähigkeit? Es handelt sich aber nicht nur darum allein, — in einer Situation, wie der jetzigen, in der jedem halbwegs einsichtigen Menschen die Zusammenhänge zwischen dem Gestern und dem Heute klar zu werden anfangen, muß der tröstliche Zukunftswunsch Heines wie Hohn empfunden werden. „Was hast Du“ — kann ihn jeder fragen — „in diesen zwei Kriegsjahren getan, um das durchzuführen, was Du für die Zukunft versprochen?“ Da hilft kein Hinweis wie der Heines, daß er „jeder Ausartung des Völkerverhaßes sofort entgegengetreten“ sei. Angenommen selbst, daß dem so sei — wie kann ein Entgegengetreten gegen die „Ausartung des Völkerverhaßes“ das wieder gutmachen, was durch die Akzeptierung einer Politik entstehen muß, die den Völkerverhaß als solchen lichterloh emporzuschlagen läßt?

Hier kommen wir zu dem Hauptpunkt der Heineschen Anklage. Wann habe er und seine Freunde den Kriegsschreier in den Sattel geholfen? Woher? „Ich verlange Antwort!“ ruft er pathetisch aus. Dieses Pathos mag vielleicht vom Sitz eines Staatsanwalts herab wirksam sein, hier wirkt es nur komisch. Denn es ist für jedes Kind klar, daß die Selbstauschaltung derjenigen Kräfte, die vor dem Kriege den „Schreier“ und „Heger“ halbwegs die Wage hielten, nach Ausbruch des Krieges diesen selben Elementen in den Sattel helfen mußte, und dies in so großem Maße, als es — wie bei Heine und seinen Freunden — bei der Selbstauschaltung allein nicht blieb, sondern zu einer Umschaltung der ganzen Richtung der Politik zum moluskenhaftesten Reformismus und dem Liberalismus kam.

Ein Beweis dafür, daß Heine, was ja auch seine ganze Vergangenheit beweist, überhaupt nicht sozialistisch zu denken vermag, sondern daß sich bei ihm alles ins Nationalistische und Antinationalistische verzerrt, ist seine Bemerkung über den Ausfall der Reichstagswahlen vom Jahre 1907. Hier macht er plöglig die originelle Entdeckung, daß die Sozialdemokratie damals deshalb schlecht abgeschnitten habe, weil sie durch das Gefährte gewisser antinationaler, revolutionärer „Heger“ beim Volke in den schlimmsten Verdacht gebracht worden sei, sie werde im Falle, daß der „Feind über die Nation herfalle“, bei „Bedrohung des deutschen Bodens die Revolution entfesseln“.

Bekanntlich hat die Sozialdemokratie, als die naiven Bloßstellungen rasch zerronnen waren, die Zeit der Stagnation spielend überwunden und 1912 einen um so glänzenderen Wahlsieg errungen. Und das, ohne daß die Sozialdemokratie inzwischen ihre Politik geändert gehabt hätte, das Geschrei der „Heger“ in der Partei verstummt gewesen wäre. Aber statt sozialistischer Betrachtung der Dinge kennt Heine nur das Schema des Nationalismus im bürgerlichen Sinne. Hätte er, wenn ihn sein Gedächtnis im Stich ließ,

nur einen flüchtigen Blick in den Bericht geworfen, den der Parteivorstand dem Essener Parteitag über die Reichstagswahl von 1907 erstattete, hätte er Heines Rede über die Wahlen gelesen, so würde er ein minder verzerrtes Bild gegeben haben. Er würde dann der Momente bewußt geworden sein, die Hebel und der Parteivorstand eingehend würdigten: der Förderung von Liberalen durch die famose konservativ-liberale Paarung, der protestantenvereinslichen Parole gegen das Zentrum, mit dem man die Sozialdemokratie in demagogischer Weise zusammenkoppelte, der Ernennung des liberalen Kolonialministers Dernburg, der dem Volke in der phantastischen Weise die „Segnungen“ der Kolonialpolitik anpries, der ungeheuerlichen Wahlpropaganda des Reichsverbandes und des Flottenvereins, der amtlichen Organisation des Wahlkampfes usw.

Und was war trotz alledem der Erfolg? Die verblüffend rasche Abwirtschaffung des konservativ-liberalen Blöds, die totale Ernüchterung der Volksmassen, die Wiederherstellung der alten konservativ-ultramontanen Front, der überwältigende sozialdemokratische Wahlsieg von 1912! Solche geschichtlichen Lehren und solchen Niedergerittenwerden kann sich das Proletariat gefallen lassen! Solche Erfahrungen vermögen nicht, wie Heine es sich einbildet, die sozialistische Arbeiterbewegung zu schrecken; sie beweisen nur, wie jeder „Niederlage“ der um so größere Triumph folgt, sofern nur die Sozialdemokratie sie selbst bleibt und die Ratschläge reformerischer Propheten vom Schlage Heines jederzeit nachdrücklich ablehnt.

Heine wird das bei seiner unsozialistisch-nationalistischen Auffassung freilich nie begreifen. Aber die Proletariermassen haben vor dem Kriege in ihrer übergroßen Mehrheit nie etwas von seiner nationalistisch-reformerischen Politik wissen wollen und werden es auch in Zukunft so halten. Heines wüßte Jornezepistel gegen den „Vorwärts“ werden nur ebenso wie die Herzensbekenntnisse der Heilmann und Haenisch den Parteigenossen zeigen, um was sich der Streit innerhalb der Partei dreht.

Was Heine über den „nationalen Stolz“ sagt, beweist, daß kein gemeinsamer Boden mehr zwischen den Nationalisten der Partei und den Vertretern der sozialistischen Weltanschauung besteht. Heine glaubt dem „Vorwärts“ sicherlich Vernichtendes und Tiefkränkendes zu sagen, wenn er den Satz zu Papier bringt: „Daß der „Vorwärts“ kein deutsches nationales Ehrgefühl kennt, weiß ich.“ Aber diese Worte treffen uns wenig. Wir verstehen unter der Ehre des deutschen Volkes eben etwas total anderes. Ehre, Ansehen, Wohl und Zukunft des deutschen Volkes glauben wir als Sozialisten am besten zu wahren, wenn wir uns für die alten Kulturideale des Sozialismus so eindringlich wie möglich einsetzen.

Heine erklärt kategorisch: Es gibt nun einmal keinen anderen Ausweg. Es gibt nur Sieg oder Niederlage, ein unentschiedener Krieg ist ausgeschlossen.

Schon Heines politische Autorität galt vor dem Kriege in der Partei sehr wenig. Um seine strategisch-militärische Autorität steht es noch weit schlechter. Woher hat er denn seine Weisheit? Leute von ganz anderem Urteil denken wesentlich anders. Auch im bürgerlichen Lager, zu dessen rechtsstehenden Elementen in der Frage der Kriegspolitik sich Heine ja inzwischen gestellt hat.

Was Heine für seine Ansicht geltend macht, ist nur dies: Die Feinde wollen die „volle und vernichtende Niederlage Deutschlands“.

Gewiß, es gibt unter den Gegnern zahlreiche Kreise, die genau so wie Heine argumentieren und nur die Alternative Sieg oder Niederlage kennen. Für ihre Niederwerfungspolitik gegen Deutschland können sie sich ja auf Heine, Heilmann, Haenisch und Genossen berufen. Es wäre auch sonderbar und gerade kein günstiges Zeichen für den deutschen Sozialismus, wenn es nicht auch unter den Sozialisten des Auslandes solche Leute gäbe, die nur in der Niederlage Deutschlands eine Rettung für ihre Länder sehen. Aber neben diesen Elementen gibt es zahlreiche andere — im Proletariat und Bürgertum des gegnerischen Auslandes —, die gleich der deutschen „Minderheit“ diese Parole verwerfen und mit aller Energie für die Verständigung der Nationen auf der Grundlage eines ehrlichen und alle Teile befriedigenden Ausgleichs eintreten. Das gilt von der Mehrheit der russischen und italienischen Sozialdemokratie, von der „Minderheit“ in Frankreich, die vielleicht heute schon die Mehrheit verkörpert, das gilt von einer starken Gruppe der englischen und belgischen Sozialisten.

Aber auch einsichtige und einflussreiche Kreise des Bürgertums unter den Gegnern Deutschlands denken ebenso. Mit Recht verweist Herr v. Gerlach in der letzten Nummer der „Welt am Montag“ auf eine neuerliche englische Stimme, indem er schreibt:

„Es scheint mir lehrreich, die Worte anzuführen, mit denen der „Manchester Guardian“ die rednerischen Produktionen des Nationalausschusses quittierte:

„Es ist unmöglich, von Frieden zu sprechen, solange Deutschland von Annexionen und Entschädigungen spricht. Das ist nicht bloß das überhebende Gerede der Extremen, wie die Rede Harnack's, der zu den Gemäßigten gehört, beneid. Auch er sagt seinen Hörern, daß der Krieg nicht mit dem Status quo ante enden kann. Belgien darf nicht von England abhängig sein. Das bedeutet, genau genommen, nichts. Aber Äußerungen solcher Art werden oft mit Absicht gebraucht. Und die einzige Absicht, die man hier einnehmen kann, ist, daß es Belgien nicht gestattet sein soll, sich selbst zu beschützen, sondern daß es für Deutschland eine Strafe an das Meer oder nach Frankreich hinein bleiben soll. Die wirkliche Gebietsvermehrung soll im Osten erfolgen, und es steht ganz im Einklang mit der Ansicht eines deutschen Staatsmannes über einen „ehrenvollen“ Frieden, wenn Harnack Aufschluß die Möglichkeit einer Entschädigung im Osten anbietet, das heißt natürlich auf Kosten von Deutschlands Verbündeten. Weder Ausland noch die Weltmächte haben zu diesem Vorschlage etwas zu sagen. Wir werden es nicht ruhig hinnehmen, daß Polen und die baltischen Provinzen mit über 10 Millionen Einwohnern dazu benutzt werden, Deutschlands Zwangsheere aufzufüllen und ihm zu ermöglichen, mit verdoppelter Kraft über das, was von Europa übrig bleibt, herzufallen.“

Nachher meiner Leser wird zunächst vielleicht denken: was geht es uns Deutsche an, was irgendein Feind über uns sagt? Mit Verlaub! Der „Manchester Guardian“ ist nicht „irgendein Feind“, ist nicht eine beliebige englische Stimme. Gewiß, wenn Herr Gerlach oder sonst ein Jingo ein Festüchtelungs- und Zerstückungsprogramm gegenüber Deutschland aufstellt, so tut man am besten, lächelnd seine Behandlung den Wipflättern

zu überlassen. Die Chauvinisten sind nun einmal in dem einen Lande genau so verrückt wie in dem anderen. Aber der „Manchester Guardian“ ist nicht bloß ein ernsthaftes, sondern auch ein überaus einflussreiches Blatt. Es ist zwar nicht das Organ der, wenn auch recht zahlreichen und überaus tüchtigen, aber doch nicht ausschlaggebenden reinen Pazifisten Englands. Wohl aber ist er die typische Vertretung des stärksten Bestandteiles des englischen Liberalismus, jenes Bestandteiles, der nie eine Verfeinerung Deutschlands oder gar seine „Vernichtung“ gefordert hat. Die englische Regierung würde sofort den Boden unter den Füßen verlieren, wenn sie die Gefolgschaft des „Manchester Guardian“ verlöre. Sie kann den Krieg nur so lange fortsetzen, als die Männer des „Manchester Guardian“ ihn wegen der Stellungnahme Deutschlands (oder wegen dessen, was sie dafür ansehen!) für nötig halten.

Im Anschluß daran schreibt Herr v. Verlach:
„Es gibt nur zwei Möglichkeiten: den Frieden diktiert oder ihn vereinbaren.“

Will man ihn diktiert, wozu die Stellungnahme der „gemäßigten“ Annexionisten genau so führt wie die der „maßlosen“, so muß man zuvörderst sämtliche Feinde auf die Knie gezwungen haben. Daß das nicht vor der fast völligen Erschöpfung aller Beteiligten, der Sieger so gut wie der Besiegten, möglich ist, sollte allmählich auch der unheilbarste Illusionist einsehen.

Will man den Frieden vereinbaren, so geht das nur auf dem Wege, den die neugegründete Zentralstelle „Völkerrecht“ lobend vorgezeichnet hat.

Zwei Voraussetzungen sind dafür wesentlich. Einmal die Abständnahme von jeder gewaltsamen Annexion. Verständigung über Kolonialabgrenzung oder Austausch von Grenzgebieten kann natürlich immer erfolgen. Die Hauptsache ist nur, daß kein Volk oder kein Volksbestandteil wider seinen Willen fremder Souveränität unterworfen werde.

Ebenso wesentlich wie diese erste Forderung ist jedoch die zweite: der Friede muß dauernd sein. Dauernd aber kann er nur sein, wenn an Stelle der alten „ultima ratio“, der Kanone, die neue „ultima ratio“, das internationale Tribunal, tritt, wenn das Wehrrecht aufhört, hinter dem ständig die Gefahr der Waffenentscheidung lauert, wenn die Staaten freiwillig das Machtprinzip durch das Rechtsprinzip ersetzen.

Gewiß, dieser Krieg hat fast alle internationalen Verträge gebrochen. Aber das beweist nur, daß Krieg und Vertrag sich nicht vertragen. Es beweist nicht, daß Verträge Kriege nicht hindern könnten. Wir hatten ja vor dem Kriege gar keine Verträge derart, wie sie jetzt etwa die Lauscher Liga zur Erzwingung des Friedens“ anstrebt. Das Haager Werk war leider ein elendes Stückwerk geblieben.

Es muß ein Ganzes werden. Gesingt das nicht, so mühte man an der Zukunft der Menschheit überhaupt verzweifeln.“

Was hier der bürgerliche Politiker sagt, entspricht zugleich völlig den Grundsätzen, die von der Sozialdemokratie vor dem Kriege stets vertreten worden sind. Was Seine sagt, steht dagegen im schroffen Gegensatz zu allen sozialistischen Anschauungen und zu der Friedenserklärung des Parteivorstandes. (z)

Aus Groß-Berlin.

Pensionschweine.

Ueber die Bedeutung der Pensionschweine ist in den letzten Tagen viel in der Presse geschrieben worden. Was? Schweine in Pension? werden manche unserer Leser ausrufen. Gib's so etwas auch! Ja, jetzt kommt's raus. Es gibt Leute, die sich anderweitig ein Schwein mästen lassen, um es für sich zu schlachten, wenn es die genügende Schwere erlangt hat. Der Landrat von Teltow hat nun eine Verfügung erlassen, durch welche die Besitzer der Pensionschweine getroffen werden. Er hat verfügt, daß für Schweine, die nicht in eigener Wirtschaft gemästet werden, die Genehmigung zur Hauschlachtung nicht erteilt wird. Es sei ferner unstatthaft, daß Personen aus anderen Kreisen oder Städten im Kreise Teltow Schweine einstellen und die Tiere nach beendeter Mastung schlachten oder aus dem Kreise ausführen. Der Landrat kann sich bei seiner Verfügung auf ministerielle Anweisungen stützen. Die Besitzer solcher Pensionschweine sind daher nicht in der Lage, die für sie gemästeten Schweine für sich schlachten zu lassen oder aus dem Kreise auszuführen. Es bleibt nur die Wahl, die Schweine dem Kommunalverband gegen den festgesetzten Preis zur Verfügung zu stellen. Es wird heiß gestritten um die Frage, wer im Sinne der Bundesratsverordnung als Selbstversorger anzusehen ist, weil auch mehrere Personen gemeinsam für den eigenen Verbrauch Schweine mästen können. Unserer Meinung nach trifft diese Bestimmung auf die Besitzer von Pensionschweinen nicht zu. Wenn schon rationiert werden soll, so ist nicht einzusehen, warum einzelne Auswege haben sollen, sich dieser Rationierung für sich zu entziehen.

Die Fettmengen in nächster Woche.

In der nächsten Woche, vom 18. September, beträgt die Wochenmenge an Butter und Margarine wiederum für Butter 60 Gramm und für Margarine 30 Gramm. Die Kleinhandelspreise bleiben unverändert, für 60 Gramm Butter erster Qualität 82 Pf. und für 30 Gramm Margarine 12 Pf.

Die Kartoffelpreise.

Der Berliner Magistrat teilt uns zur Ergänzung der gestern morgen veröffentlichten Bekanntmachung des Kriegsernährungs-Amtes über den Kartoffelpreis folgendes mit:

Die Veröffentlichung bedarf insofern der Ergänzung, als sie sich gemäß der Zuständigkeit des Kriegsernährungs-Amtes nur auf den Verkauf bezieht, welchen das Reich den Gemeinden gegebenenfalls zu leisten beabsichtigt. Eine gleichartige Erklärung ist aber auch bereits von der preussischen Staatsregierung den Gemeinden übermittelt worden. Somit erhalten Gemeinden, die Kartoffeln aus der Ernte 1916 frei Keller des Verbrauchers mit höchstens 4,75 M., im Kleinhandel aber mit höchstens 5,50 M. abgeben, zwei Drittel ihrer Mehraufwendungen aus Reichs- und Staatsmitteln erlattet. Auf Grund dieser Mitteilung werden die Groß-Berliner Gemeinden am Donnerstag, also heute, sich über die Festsetzung des Kartoffelpreises erneut schlüssig machen. In Berlin hat eine Vorberatung der Nahrungsmittel-Deputation stattgefunden.

Die Lebensmittelinterpellation der sozialdemokratischen Fraktion im Rathause steht in der heutigen Stadtverordnetenversammlung zur Beratung.

Verkehrssteigerung. Wie alle Berliner Verkehrsanstalten und insbesondere die Große Berliner Straßenbahn, so haben auch die städtischen Straßenbahnen in der letzten Zeit eine erhebliche Verkehrszunahme zu verzeichnen. Die Zahl der beförderten Personen auf den städtischen Straßenbahnen betrug im letzten August 2 620 000, während im August 1915 2 260 000 Personen befördert wurden. Die Zahl der seit dem 1. April 1916 bis Ende August 1916 auf den städtischen Straßenbahnen beförderten Personen beläuft sich auf 12 1/2 Millionen; das bedeutet gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine Steigerung um mehr als 1 1/4 Millionen.

Arbeit, Bildungsschule. Auf den heute, Donnerstag abend 8 1/2 Uhr, stattfindenden wissenschaftlichen Einzelvortrag sei nochmals hingewiesen. Genosse Paul John wird über das Thema: „25 Jahre deutsche Gewerkschaftsbewegung“ sprechen.

Der Vortrag findet im Hörsaal der Schule, Vindenstr. 3, 4. Hof rechts, 3 Treppen, statt. Eintrittspreis 10 Pf.

Gefährliche Andenken.

Trotz aller Warnungen werden noch immer Explosivstoffe mit der Post versandt. Auch Heeresangehörige versenden sehr oft gegen die amtlichen Bestimmungen, indem sie gefundene Explosivkörper als Andenken nach Hause schicken, ohne zu bedenken, welche schweren Schäden diese Explosivstoffe an Waren und Personen anrichten können. So wurde neulich in einem Paketwagen durch die Explosion eines Pakets ein Bediensteter verletzt, einem anderen das Bein derartig schwer beschädigt, daß es abgenommen werden mußte und der Betreffende seiner Verwundung erlag. Es sei darauf hingewiesen, daß der Absender nicht nur für den angerichteten Sachschaden auskommen und die Verletzten u. a. entschädigen muß, er wird auch strafrechtlich zur Verantwortung gezogen und sieht einer empfindlichen Bestrafung entgegen. Neuerdings wurden wieder zwei Fälle festgestellt, wo Handgranaten mittels der Post aus dem Felde nach Hause geschickt wurden. Die eine fiel aus dem Paket heraus, ohne Schaden anzurichten, die andere explodierte und bewirkte die Zerstörung einer ganzen Reihe von Paketen.

Aus diesem Grunde sei die Warnung, Explosivkörper mit der Post zu versenden, dringend wiederholt. Ihre Beachtung liegt im Allgemeininteresse.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich gestern vormittag in Rudow, Rudower Chaussee. Dort half die 62-jährige Witwe Scheibe aus Reußlin, Juliusstraße 50, beim Bedienen einer Drechselmaschine. Nüchlich hielt die Maschine an. Ein explosionsartiger Knall ertönte aus der Maschine. Die Maschine wurde in Stücke zerrissen. Ein Teil einer Welle flog der Frau an den Kopf und riß ihr die halbe Schädeldecke ab. Sie wurde bewußtlos in das nahegelegene Reußliner Krankenhaus eingeliefert, wo sie aber bald darauf starb.

Gut gemeinte Vorsicht ist dem Maurerpolier V. vom Elisabethufer 51 verhängnisvoll geworden. V. hat längere Zeit auf einer Stelle zu arbeiten. Hier fand ihm zur Aufbewahrung seiner Sachen ein in die Wand eingelassener Geldschrank zur Verfügung, deren Schlüssel ihm übergeben wurde und den er ständig in der Rocktasche bei sich trug. Der Mann hat nun seine Ersparrnisse in verschiedenen Wertpapieren und ein Sparlasterbuch der Stadt Berlin über 1200 M. angelegt. Die Stücke dieser Papiere ließ er zu Hause. Dagegen nahm er das Sparlasterbuch, einen Hinterlegungschein der Bank für Handel und Industrie und die Zinsbogen der Wertpapiere, besonders von Berliner Pfandbriefen, Preussischen Konvols und Pfandbriefen der Hamburger Hypotheken- und Pfandbriefbank mit und verließ sie in dem Geldschrank, damit sie ihm nicht etwa während seiner Abwesenheit von der Wohnung von Einbrechern gestohlen würden. Ein Dieb muß das beobachtet und auch gesehen haben, daß V. den Schlüssel in seine Rocktasche steckte. Während der Mann nun seiner Arbeit nachging, benutzte er eine Gelegenheit, den Schlüssel aus dem Rock, den der Polier abgelegt hatte, zu stehlen, den Geldschrank aufzuschließen und das Sparlasterbuch und die Papiere herauszunehmen. Es muß das in der Zeit vom 5. bis 9. d. M. geschehen sein.

Auf dem Heimwege vom Einkaufen vom Tode überrascht wurde gestern eine unbekante Frau von ungefähr fünfzig Jahren. Mit der vollen Rocktasche in der Hand brach sie vor dem Hause Branzenstraße 40 plötzlich zusammen und starb auf der Stelle. Die Unbekannte hat dunkelblondes Haar, ist mittelgroß und trug eine helle Bluse und einen dunkelblauen Rock.

Aus dem Teltowkanal gelandet wurde die Leiche eines unbekanten Mädchens von etwa 20 bis 25 Jahren. Die Ertrunkene hat dunkelblondes Haar und trug ein blaues Kostüm, eine schwarze Bluse, schwarze Strümpfe, schwarze, lange Stiefel und weiße Wäsche ohne Kennzeichen. An der linken Hand trug sie einen goldenen Verlobungsring, dessen Inschrift unleserlich ist.

Einen unheimlichen Fund machte gestern ein Wagtürmer auf dem Grundstück an der Ecke der Schönhauser Allee und der Cantianstraße. Dort lag auf dem eingezäunten Gartenland ein Paket mit einer Kindesleiche, die schon so hart verwest war, daß das Geschlecht nicht mehr festgelegt werden konnte. Die Revierpolizei beschlagnahmte den Fund und ließ ihn nach dem Schauhaufe bringen.

Der Deutsche Ausschuss für Kleinkinderfürsorge veranstaltet in der kommenden Woche eine Reihe von Abendvorträgen. Es werden sprechen:

Montag, den 18. September: Stadtrat Prof. Dr. Ziehen, Frankfurt a. M.: „Die geschichtliche Entwicklung der Kleinkinderfürsorge“.

Dienstag, den 19. September: Dr. med. Lugendreich, Berlin: „Die körperliche Entwicklung und Pflege des Kleinkindes“.

Mittwoch, den 20. September: Prof. Dr. Stern, Hamburg: „Die seelische Entwicklung des Kleinkindes“.

Donnerstag, den 21. September: Prof. Dr. Wexler, Münster i. W.: „Von der Erziehung des kleinen Kindes zum Denken“.

Die Vorträge finden abends 8 Uhr im Vortragssaal des Kunstgewerbe-Museums, Berlin, Prinz-Albrecht-Str. 7, statt. Der Eintritt ist frei.

Aus den Gemeinden.

Winterversorgung mit Kartoffeln in Pantow.

Auch in Pantow will der Gemeindevorstand der Bevölkerung in großem Umfang die Winterversorgung mit Kartoffeln durch Lagerung in eigenen Haushalten ermöglichen. Wer über lustige, lässige, trodene, vor Frostgefahr geschützte und möglichst dunkel gelegene Aufbewahrungsräume verfügt, kann seinen Bedarf bis zum 18. September in den Haushalten eintragen. Die Anlieferung der Kartoffeln soll allmählich in der Zeit von Anfang Oktober bis Ende November erfolgen. Ein Anspruch gegen die Gemeinde wegen der Anlieferung und des Zeitpunktes derselben besteht nicht. Wer Kartoffeln einlagert, hat die dringende Pflicht, für sorgfältige Aufbewahrung und pflegerische Behandlung derselben zu sorgen, da auf die entsprechende Anzahl Kartoffellagen verzichtet werden muß und Erlaß für verderbenden Vorrat nicht gemährt werden kann. Im übrigen soll die Versorgung unter folgenden Bedingungen geschehen: Es werden voraussichtlich für die Zeit vom 30. Oktober 1916 bis 18. März 1917 (20 Wochen) für jede Person 2 Zentner Kartoffeln zu einem Preise abgegeben, der sich erheblich niedriger stellen wird, wie der von Berlin mit 8 M. pro Zentner im Ausfall genommene. Weniger oder mehr als zwei Zentner für die Person werden nicht verabfolgt. Es ist freigestellt, für alle oder nur einen Teil der Haushaltungsangehörigen diese Menge anzumelden. Hierbei ist jedoch darauf zu achten, daß für den Fall der Teilnahme an den Rassenpeilungen nicht für alle Köpfe des Haushaltes Kartoffeln bezogen werden, damit von den Kartoffellagen die in Frage kommenden Personen die vorgegebene Abtrennung der einzelnen Abschnitte ermöglicht bleibt. Bei Abholung der Kartoffeln vom Waggon ist der Preis sofort an Ort und Stelle, bei Lieferung frei Haus an den mit der Abfuhr beauftragten Fahrunternehmer zu entrichten.

Städtischer Lebensmittelverkauf in Köpenick.

Die Abgabe von Maisgrieß, Macaroni, Nudeln, Rahm, Eiern, Bohnen, Bohnenmehl, Delfardinen, konserverter Milch, holländischem Käse, Leber- und Blutwurst erfolgt von Dienstag, den 19. September 1916 ab in bekannter Weise.

Es erhält jeder Inhaber der neuen grünen Lebensmittelkarte auf Abschnitt Nr. 12 dieser Karte 1/2 Pfund Maisgrieß für 30 Pf., auf Abschnitt Nr. 13 1/2 Pfund Macaroni oder Nudeln und auf Abschnitt Nr. 14 1/2 Pfund Bohnenmehl oder weiße Bohnen. Beim Verkauf von Delfardinen, konserverter Milch und holländischem Käse werden Lebensmittelkartenabschnitte nicht abgetrennt. Es kostet eine Büchse Delfardinen 1 M., eine Büchse kondensierte Milch 1,50 M., ein Pfund holländischer Käse 2,40 M., je eine Pfund-dose Leberwurst und Blutwurst 2,70 M.

Die Inhaber von Lebensmittel- und Fleischkarten haben bis Sonntag, den 24. September d. J. die auf Abschnitt Nr. 12, 13, 14 und die auf Hauptfleischkarte entfallende Menge von Lebensmitteln abzunehmen. Nach diesem Tage können die Händler die noch vorhandenen Lebensmittel ohne Abtrennung von Lebensmittelkartenabschnitten bzw. ohne Vermerk an ihre Kundenschaft abgeben.

Auf jede Hauptfleischkarte wird für jeden Haushalt eine Pfund-dose Leber- oder Blutwurst abgegeben.

Soziales.

Gegen Sparkassenzwang Jugendlichen.

In Sachsen war von einer Reihe Industrieller beantragt, einen Sparkassenzwang auch für die Jugendlichen des zwölften Armeebezirks einzuführen. Begründet wurde dies, von der Dresdener Handelskammer unterstützte Verlangen durch allgemeine Behauptungen über die „Verschwendungssucht“ und die „Verwahrlosung jugendlicher Arbeiter beiderlei Geschlechts“. Das Generalkommando für den 12. Armeebezirk setzte sich mit dem 19. Armeebezirk in Verbindung und lehnte dann auf Grund eigener Untersuchungen über die ohne Beweis behauptete „Verschwendungssucht“ und „Verwahrlosung“ den Erlaß einer Sparkassenzwangsvorordnung ab. Würde überall den Redereien über Verschwendungssucht und Verwahrlosung nachgegangen, so würde sich voraussichtlich überall zeigen, daß das gerade Gegenteil von dem gegen die Jugendlichen ausgeführten Verbotsmaßnahmen die Wahrheit ist. So kommt auch ein Aufsatz in der katholischen „Stimmen der Zeit“ auf Grund von Material, das aus Ost- und Westdeutschland zusammengetragen ist, zu der Ueberzeugung, daß die Vorwürfe gegen die Jugendlichen — Ausnahmen kommen selbstverständlich wie im Frieden, vor — durchaus falsch sind. In vielen Fällen ist festgestellt, daß Jugendliche in einer fast das Maß des Zulässigen überschreitenden Weise aus ihrem Lohn für ihre Angehörigen sorgen. In erfreulicher Weise verwendet eine große Zahl jugendlicher trotz der Länge der Arbeitszeit ihre freie Zeit zu ihrer geistigen Ausbildung. Sparkassenzwang schadet unendlich mehr, als er hier und da nützen kann.

Gerichtszeitung.

Milchfälschung.

Eine der Originalität nicht entbehrende Begründung eines schöffengerichtlichen Urteils kam gestern in einer Verhandlung vor der 1. Ferienkammer des Landgerichts II als Berufungskammer zum Vortrag.

Wegen fortgesetzter Milchverfälschung war der Milchhändler Wilhelm Bauer aus Reußlin angeklagt. Er versorgt zahlreiche Kleinbändler in Reußlin mit Milch und hat die Milchlieferungen an diese dem Wasserleitungsamt eine sehr einflussreiche Rolle zugewiesen. Nachdem der Polizei wiederholt Klagen zugegangen waren, hat der mit den Ermittlungen beauftragte Beamte, der den Angeklagten als gewandten und nicht leicht zu überführenden Mann kannte, ganz planmäßig und sorgsam vorgehen müssen und durch Geheimkäufe im Geschäft des Angeklagten selbst und wiederholte Probenahmen bei dessen Kunden festgestellt, daß in zahlreichen Fällen die Milch einen Wasserzusatz von 20—25 Proz. hatte, während die ihm von außerhalb gelieferte Milch sich bei ihrer Ankunft auf dem hiesigen Bahnhof als taubellos erwies. Trotzdem fortgesetztes Vorgehen gegen das Nahrungsmittelgesetz angenommen wurde, erkannte das Schöffengericht doch nur auf 100 M. Geldstrafe unter etwa folgender Begründung: Das Schöffengericht habe sich zu der milden Auffassung entschieden, da es auf Grund der Erfahrungen in anderen Fällen dieser Art, die vom Berufungsgericht geprüft worden, zu der Erkenntnis habe kommen müssen, daß es in laienhafter Weise doch wohl zu streng vorgehe. Das Berufungsgericht habe wiederholt die Urteile des Schöffengerichts wesentlich gemildert, so erst kürzlich wieder, wo es die Strafe für einen Angeklagten, die mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit und die Verstrafen des Angeklagten auf 1500 M. bemessen war, nicht nur auf den dritten Teil zurückgeführt, sondern auch die angeklagte Urteilsveröffentlichung in Bezug gebracht habe. Angesichts dieser Milde, die bei der in der höheren Instanz vorauszuweisenden höheren Einsicht sicher als gerechtfertigt anzusehen sei, habe das Schöffengericht, um Anlaß an die Auffassung des Berufungsgerichts zu gewinnen, die Strafe nur auf 100 M. festgesetzt. — Die Strafammer kam auf Grund der Beweisaufnahme zu einem Urteil, das nun wieder einen gewaltigen Abstand von dem ersten Urteil zeigte: Mit Rücksicht auf die Bedeutung der Milch für die Kinderernährung und die Gemeingefährlichkeit solcher fortgesetzten Verfälschungen der Milch verurteilte die Strafammer den Angeklagten zu 1500 Mark Geldstrafe und ordnete die Veröffentlichung des Urteils an. — Der Staatsanwalt hatte 300 Mark beantragt.

Aus aller Welt.

Nur ein „Mißverständnis“.

Durch die Presse ging dieser Tag die recht opulente Speisefolge bei einem Essen, das der Bohemer Verein veranstaltet hat. Die „Rdn. Ztg.“ behauptet nun, daß es sich hier um ein „Mißverständnis“ handle, denn dieses Essen sei kein industrielles Festmahl gewesen, sondern ein Imbiß, der den auf einer Studienfahrt begriffenen gemeinsamen Militärratsmitgliedern der neutralen Staaten geboten wurde. — Wo hier das Mißverständnis liegen soll, ist nicht recht ersichtlich, denn über den Anlaß zu diesem Festessen ist in der Presse kein Wort gesagt worden, nur die einfache Tatsache wurde festgestellt und sie hat jetzt ihre Bestätigung gefunden.

Eisbärenfleisch, das Pfund zu 1,50 M., kommt, nach der „Voss. Ztg.“, zurzeit in Reichwasser in der Oberlausitz zum Verkauf.

An Wurstvergiftung sind in Gumbinnen über 100 Personen erkrankt. Das Ergebnis der Untersuchung über an das Nahrungsmitteluntersuchungsamt eingesandten Wurst steht noch aus.

Großfeuer im Fuldatabe. Ein Großfeuer zerstörte Dienstag abend die im unteren Fuldatabe gelegene historische Spieckershäuser Mühle.

Ein sonderbarer Schleppertransport kam, wie die „D. Z.“ berichtet, vor wenigen Tagen von der See in dem Stettiner Hafen an. Es war die eine Hälfte des im vorigen Herbst bei Remel gestrandeten großen Hamburger Dampfers „John Sauber“, der von zwei Schleppern nach Stettin gebracht wurde. Das etwa 4000 Tonnen große Schiff wurde bei der Strandung bis zur Kommandobrücke glatt abgetrennt; da die Schotten bis zur Maschine vollkommen dicht hielten, so vermochte das Wasser nicht in die Schiffshälfte einzudringen, so daß man die Ueberfahrt gut unternehmen konnte. Auch das Steuer hatte das Schiff verloren. Das Wrack ist mit Ladung seinerzeit von der Remeler Firma Swiderski erstanden worden, die den Rest des Schiffes nunmehr nach Stettin überführen ließ, um es auf einer dortigen Werft wieder zu einem ganzen Dampfer herstellen zu lassen. „John Sauber“ war seinerzeit auf einen Felsen gelaufen.

Seebeben im Indischen Ozean. Wie einem Amsterdamer Blatte aus Westindien (Niederländisch-Indien) gemeldet wird, wurde in Mittel-Java eine heftige Panik durch vier sehr kräftige Erdstöße im Süden von Banjumas in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag hervorgerufen, die auf unterirdische vulkanische Ausbrüche und Seebeben im Indischen Ozean zurückgeführt werden. Alle Gebäude in Maos haben mehr oder weniger Schaden gelitten. Eine Eisenbahnstation und ein pharmazeutisches Laboratorium sind ein Raub der Flammen geworden. Die Bevölkerung von Tjilatjap ist geflüchtet, ebenso die von Djambu und von Karanglemiri. Viele Häuser sind verwüstet; die Brücke über den Seraju ist beschädigt, kann aber noch für den Verkehr benutzt werden. Der Eisenbahnverkehr erleidet im allgemeinen wenig Störung.

Geld aus Siam. Infolge der mangelnden Kupferscheidmünzen in Luzemburg hat sich die Regierung des Großherzogtums veranlaßt gesehen, für 200 000 Frank. Siamgeld herstellen lassen zu müssen.

Parteiveranstaltungen.

Kawawes. Freitag, den 15. September, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Volksversammlung in Singers Volksgarten, Griebstr. 31. Vortrag des Reichstagsabg. C. Bogherr über: Krieg und Volksernährung. Diskussion. Verschiedenes.

Eingegangene Druckschriften.

Die Türken und wir. Von D. Künzelmann. 1 B. — Verlag E. Runge, Berlin-Lichterfelde.
Die Finanzierung unserer Vororte. Ein Plan zur Gründung von Kleinbaukolonien auf Staats- und Gemeindegeländen. Von F. Deuster. 50 Pf. — Verlag der „Banwelt“, Berlin SW. 68.
An die deutschen Geschworenen. Ein Wegweiser von Landgerichtsrat Dr. C. R. v. Holtz. 1 B. — Verlag F. C. W. Vogel, Leipzig.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten zwischen 3. IV. 01 rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Dachtaxe und eine Zahl als Werkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsbeziehung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen bringe man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

N. 66. Das können wir mit Sicherheit nicht angeben. — Wette C. 35. 1. Das ist ein Scheidungsgrund. 5. Der Obemann kann das während der Ehe geborene Kind für unehelich erklären lassen und hat dann keine Verpflichtung zum Unterhalt und zur Erziehung des Kindes. 8. Nein. 4. Die Frage ist noch nicht geregelt, der Staat wird aber für den Unterhalt der Kinder wahrscheinlich nicht eintreten. — Spandau 1b. Sie können sich mit einer Beschwerde an den Regierungspräsidenten in Potsdam wenden. — C. J. 71. Die Bestimmung des Uhrmachers kann für

Sie nicht rechtsverbindlich sein. Sie müssen ihn zur Rückgabe der Uhr innerhalb einer bestimmten Frist auffordern eventuell durch Klage die Uhr von ihm verlangen. 2. Dazu bedarf es erst der Zustimmung des Reichstags. — W. 66. Feldpost. Sie müssen sich an das kaiserl. Patentamt, Berlin, Glatzener Str. 97-103, wenden. — G. W. 21. Sie erhalten darüber am zuverlässigsten Auskunft beim Schneiderverband Berlin, Seebastianstr. 37/38. — S. 40. Unterstützung wird gezahlt, wenn die nach dem Gesetz vorgeschriebene Bedürftigkeit als vorliegend erachtet wird. — W. 6. 8. Die Ehefrau kann in diesem Falle die Wohnung räumen, der Mann haftet aber mit den Sachen für die Riete bis zum Ablauf des Vertrages. Der Wirt kann deshalb sein Pfandrecht an den Sachen des

Ehemannes geltend machen. — W. G. 100. 1. Sie müssen sich melden. 2. Er bedarf dazu eines Passes. — 33. G. Sch. Das Eigentumsrecht an den Sachen haben Sie, daher kann der Mann nicht davon beanspruchen. — G. 6. 42. Sie können auf Herausgabe Ihrer Sachen klagen werden. — C. K. 118. An das Vormundschaftsamt der Stadt Berlin, Landberger Str. 43/45. — W. B. 7. Ja. — R. K. 306. Sie brauchen sich nicht zu melden, Sie sind als dauernd garnison- und arbeitsverwendungs-unfähig erachtet. — W. 14. Durch schriftliche Vollmacht kann der Ehefrau die Vertretung übertragen werden, Sie brauchen dann nicht zum Termin erscheinen. Der Hauswirt ist zur Einbehaltung der Sachen in diesem Falle nicht berechtigt.

Todes-Anzeigen

Nach zweijährigem harten Kriegsdienst im Osten und Westen verstarb in einem Berliner Reservelazarett infolge einer Operation unser lieber Kollege, der Seher

Willi Paech

im 36. Lebensjahre. 12368

Wir beklagen in dem Verstorbenen ein weiteres Opfer des Völkerrings und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Kollegen der Nordd. Buchdruckerei, Berlin

Die Beerdigung findet am Freitag, nachm. 8 1/2 Uhr, auf dem Garnison-Friedhof in der Hafengeheide statt.

Verband d. Buch- u. Steindruckereihilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Am 9. September verstarb nach kurzem Krankenlager unser Mitglied

Martha Kunze

im Alter von 31 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 14. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt.

27/15 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands.

Zahlstelle Berlin und Umgegend. Bezirk 24.

Den Verstorbenen zur Nachricht, daß unser Mitglied

Friedrich Pötsch

am Montag, den 11. September 1916 verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 14. September, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Park-Friedhofs in Groch-Lichterfelde aus statt. 254/17

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

TYPOGRAPHIA.

Den werten Mitgliedern die betreuende Nachricht, daß unser treuer Sangesbruder

Willi Paech

als Opfer des Weltkrieges an den Folgen einer Operation verstorben ist.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die werten Mitglieder werden gebeten, ihrem braven Kameraden das letzte Geleit zu geben.

Beerdigung siehe vorstehend.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Karl Grumbach

am 10. September gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Richthofes aus auf dem hiesigen Friedhofe, Müllerstraße, Ecke Seestraße, statt. 122/13

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Trustfrei  Trustfrei

„Unsere Marine“

Zigarette
2 1/2 Pfg.

einschließlich Kriegsaufschlag

Trotz Steuererhöhung
behalten unsere Zigaretten ihre
alten anerkannten Qualitäten!

Georg A. Jasmatzi Aktien-Gesellschaft

Letzte Ehre
zum 40. Geburtstag
unseres lieben, treuen Freundes,
des Landsturmmannes

Artur Naujoks

Inf.-Reg. 138

gestorben im Feldlazarett an den Folgen seiner schweren Verwundung am 19. Juli 1916.

Mag auch die Zeit vorüberziehen,
Vergessen werden wir ihn nie.

In treuem Gedenken 428

Max Stehr, a. R. im Felde,
nebst Familie, Müllerstr. 139.

Für Feldsoldaten!

Deutsch-Österreichisch 15 Pf.

Deutsch-Französisch 15 Pf.

Einbindung (Karte)

Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements

liefert schnell und billig **Paul Gross**, Lindenstr. 69, Tel. 171.7203.

Voranzeige!

Am Sonntag, den 17. d. Mts., erscheint in diesem Blatt eine ganzseitige Anzeige unserer Firma, auf die Sie unbedingt achten müssen.

Wir bringen darin mehrere unserer neuen modernen Sachen, die Sie bei uns ohne Bezugschein bekommen können (da die Ware schon vor dem 10. Juni in unserem Besitz war).

Sie werden daraus ohne weiteres die Ueberzeugung gewinnen, daß Sie bei uns nach wie vor sehr vorteilhaft kaufen, und daß Sie bei uns etwas Ihren Wünschen entsprechendes finden werden, selbst wenn Sie die allerdings nur geringe Mühe vermeiden wollen, sich einen Bezugschein zu besorgen.



Königstraße 33
am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestr. 113
beim Stettiner Bahnhof

Sonntags geschlossen!

Flottes Jackett
in verschiedenen Farben, sehr hübsche Gürtelform **57.50**

Der neuartige Glodenschnitt
aus guter einfarbiger Ware in blau, braun, grün u. a. mit hübschen Samtinspfen **37.50**

Volliger Herbstmantel
aus ganz vorzüglicher Ware, mit eleganter Gürtelverzierung und reichem Knopfbesatz **52.50**

3 Gemüschüsseln dekoriert Satz 68 Pl.

A. Jandorf & Co

3 Kaffeeteller Porzellan, reich dekoriert 68 Pl.

Belle-Alliance-Strasse

Gr. Frankfurter Strasse

Brunnen-Strasse

Kottbuser Damm

Wilmersdorfer Strasse

Porzellan

4 Speiseteller serippte oder glatte Form 68 Pl.



4 Milchtöpfe reich dekoriert Satz 68 Pl.



1 Salz-Pfeffer-Senfgelass ... 68 Pl.
1 Tunkenschüssel ... 68 Pl.



4 Portionstassen mit Untertassen ... 68 Pl.

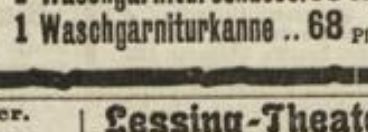


Steingut

1 Rollmopskasten 68 Pl.

1 Mehlmeste Delftdekor 68 Pl.

1 Waschgarniturschüssel 68 Pl.
1 Waschgarniturkanne .. 68 Pl.



Wirtschafts-Artikel

1 Schmutzbürste ... zusammen 68 Pl.
1 Glanzbürste ... 68 Pl.
1 Auftragebürste ... 68 Pl.
1 Briefkasten ... 68 Pl.



1 Holztablett 68 Pl.

1 Backform gross ... 68 Pl.
1 Kleiderbürste ... 68 Pl.

1 Kopfbürste 68 Pl.

1 Ringständer 68 Pl.

1 Salz- od. Mehlmeste weiss-gold ... 68 Pl.
1 Durchschlag ... 68 Pl.
1 Reibeisen ... 68 Pl.
1 Sieb ... 68 Pl.
1 Klosettbürste 68 Pl.

1 Kammkasten weiss-gold 68 Pl.
1 Küchenkonsol weiss-gold 68 Pl.
2 Stuhlsitze ... 68 Pl.
3 Fleischbretter ... 68 Pl.
1 Pfeffermühle ... 68 Pl.
1 Küchenbrett ... 68 Pl.
1 Springform 20 oder 22 cm 68 Pl.

1 Aschenbecher 68 Pl.

2 Römer auf hohem Fuss ... 68 Pl.

1 Blumenvase 68 Pl.

4 Gasglühlichtzylinder ... 68 Pl.

1 Sturzkaraffe mit Schliß 68 Pl.

3 Schüsseln Diamantmuster Satz 68 Pl.

Glas

1 Zuckerschale schweres Pressmuster ... 68 Pl.
1 Butterdose .. 68 Pl.
1 Fruchtschale auf Fuss.. 68 Pl.
1 Likörsetz 7 teilig, 6 Becher, 1 Tablett 68 Pl.



6 Bierbecher mit Kante... 68 Pl.

1 Käseglocke mit Teller 68 Pl.

6 Kompotteller hübsches Pressmuster m. eingepresst. Kreuz ... 68 Pl.

1 Aschenbecher 68 Pl.

2 Römer auf hohem Fuss ... 68 Pl.

1 Blumenvase 68 Pl.

4 Gasglühlichtzylinder ... 68 Pl.

1 Sturzkaraffe mit Schliß 68 Pl.

3 Schüsseln Diamantmuster Satz 68 Pl.

Galanterie

1 Wandspiegel 27x34 cm 68 Pl.
1 Hausregal Brandmalerei-Nachahmung 50x28 cm 68 Pl.
1 Rasiergarnitur ... 68 Pl.
3 Postkarten-Rahmen aus Holz.. 68 Pl.

Emalle

1 Kaffeekanne 68 Pl.
1 Durchschlag 68 Pl.



1 Kasserolle mit Stiel 68 Pl.

1 Fleischtopf .. 68 Pl.
1 Küchenschüssel 30 cm 68 Pl.
1 Schmortopf .. 68 Pl.
1 Kasserolle konisch 68 Pl.

1 Kaffeeflasche 1/4 Liter... 68 Pl.

1 Bratpfanne mit Stiel 68 Pl.

1 Kasserolle mit Ring... 68 Pl.

1 Schaffnerkanne 68 Pl.

1 Maschinentopf ohne Tülle 68 Pl.

Papierwaren

4 Abreissblocks Größe 10x17 68 Pl.
20 Meter Küchenkante ... 68 Pl.
3 Dutzend Reissnägel ... 68 Pl.

1 Postkartenalbum 68 Pl.

1 Kasten für Briefe und Erinnerungen 68 Pl.

1 Fingerling Silber 68 Pl.

200 Bogen Butterbrotpapier 68 Pl.

1 Rocknadel Silber 68 Pl.

1 Halskette Silber 68 Pl.

1 Rollegmappe 27 cm mit Zerschloß 68 Pl.

1 moderner Haarkamm mit Kugeln 68 Pl.

Deutsches Theater. 7 1/2 Uhr: Rose Bernd. Freitag: Rose Bernd.

Kammerspiele. 8 1/2 Uhr: Der Weibsteufel. Freitag: Der Weibsteufel.

Volkshöhle. Theater a. B. 8 1/2 Uhr: Schluck und Jan. Freitag, Sonnabend und Sonntag: Ein Semmernachtsraum.

Dir. Meinhard-Bernauer. Theater i. d. Königgrätzerstr. 8 Uhr: Ein Traumspiel.

Komödienhaus. 8 1/2 Uhr: Der 7. Tag.

Berliner Theater. 7 1/2 Uhr: Auf Flügeln des Gesanges.

Lessing-Theater. Direktion: Victor Barnowsky. 7 1/2 Uhr: Die Wildente. Freitag: Peer Gynt.

Deutsch. Künstler-Theater. Allabendlich 8 1/2 Uhr: Perlen. Lustspiel von Lothar Schmidt.

URANIA. Taubenstr. 48/49. 8 Uhr: Aegypten, der Suezkanal und der Weltkrieg.

Theater am Donnerstag, 14. September. Deutsches Opernhaus, Charlottenb. 8 Uhr: Boccaccio.

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. 8 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Gebr. Herrnfeld-Theater. 8 1/2 Uhr: Zum letzten Male: Wachsmanns Hühnerhof.

Kleines Theater. 8 1/2 Uhr: Henriette Jacoby.

Komische Oper. 8 1/2 Uhr: Die schöne Kubanerin. Sonnt. 3 1/2 nachm.: Die sch. Kubanerin

Lustspielhaus. 8 1/2 Uhr: Der selige Balduin

Metropol-Theater. 8 Uhr: Die Csardasfürstin. Sonnt. 3 U. nachm.: Die Kaiserin

Neues Operettenhaus. 8 Uhr: Der Soldat der Marie.

Residenz-Theater. 8 1/2 Uhr: Frieden im Krieg.

Schiller-Theater O. 8 Uhr: Der Kammersänger. Hockenjos. Erster Klasse.

Schiller-T. Charlottenb. 8 Uhr: Die Frau vom Meere.

Thalia-Theater. 8 1/2 Uhr: Blondinechen.

Theater am Nollendorfpf. 3 1/2 Uhr: Minna von Barnhelm. 8 1/2 Uhr: Blaue Jungens.

Theater des Westens. 3 1/2 Uhr: Der Meinelbauer. 8 Uhr: Die Fahrt ins Glück mit Guido Thielscher.

Trion-Theater. 8 1/2 Uhr: Der Himmel auf Erden.

CARDINAL
ZIGARETTEN sind Qualitätsmarken

FOVEAUX
RAUCHTABAKE überall erhältlich

Circus Busch

Eröffnung. Sonnabend, den 16. September, abends 8 Uhr! Das große Programm:

Tom Jack, der Eiskönig. Ein seltsamer Mensch! Ein interessanter Künstler!

Fliegende Hunde. Rückkehr vom Stiergefecht!

7 humoristische Sishären und 2 Tigerdoggen 7

Mia Astoria, Schulleiterin. Zoe, Die Luftfee.

Urian Der Affenphilosoph.

Mairs holländischer Reitakt. Peters, der singende Clown, Pilz, der Zwergaugst und die übrigen Spaßmacher Mäns, Marzell, Franzl, Pampa mit ihren neuen Ein-u. Ausfällen.

Neue Freiheits-Dressuren! Die Fensterperde - Familie Lustig! Sonntag: 2 Große Vorstellungen: nachm. 3 1/2 u. abends 8 Uhr. Nachmittags 3 1/2 Uhr: Die lustige Pantomime Hannes Piepenbrink's Abenteuer.

Nachmittags 1 ange- auf allen frei! Weitere Kinder jed. Erwauchs. 1 höriges Kind Sitzplätzen halbe Preise. Preise 50, 80, 110, 140, 170 Pl. und höher, exel. Stener. Vorverkauf ohne Aufsschlag tägl. ab 10 U. a. d. Circuskassen. Außerdem an sämtl. Theaterkass. v. A. Worthelm u. Invalidendank

National-Theater Deutsch-Amer. Th. Köpenicker Str. 68 5 Minuten von Jannowitz-Brücke, - Untergundbahn Inselstraße. - Täglich 7,9 Uhr: Was junge Mädchen träumen...! Ausstattungssposse in 3 Akten. Ein unbeschreiblicher Erfolg.

Rose-Theater. Gastspiel Alwin Renk. 8 1/2 Uhr: Sturmjaffe.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Schippers Heimkehr. Nächsten Sonntag: Erste Nachmittags-Vorstellung zu ermäß. Preis. Anfang 3 1/2 Uhr. Großartig. Progr.

Walhalla-Theater. 8 1/2 Uhr: Seemannslieben. Operette von Leo Fall und Fr. Warrnt.

Palast Theater. Anfang 8 Uhr. Sonnt. 3 1/2 u. 8 U. Gastspiel Rudolf Schildkraut und das unübertreffliche September-Programm.

Berliner Konzerthaus. Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91. Eröffnung !! Morgen !! abends 8 Uhr mit

Gr. Konzert der Berliner Liedertafel, Chormeister: Hans Altbout, Orchester Frz. v. Blon.

Ab Sonnabend, den 16. d. Mts. wochentäglich nachm. Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

Admiralspalast. Das herrliche Eisballett. Frau Fantasie. Anf. 9 Uhr. 2, 3, 4 M.

Voigt-Theater. Badstr. 56. Badstr. 58. Beginn der Winterspielzeit ab Montag, den 18. September täglich Hopfenraths Erben.

Sonntag, 17. Sept., bei schönem Wetter i. Gart. 4 U. nachm. Das Mädel ohne Geld Abonnement für den Winter à 0,55.

Spezialarzt für Haut-, Garm-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinfranke jeder Art, Ehrlich-Hata-Kuren, Friedrichstr. 81, gegenüber Spricht. 12-2, 1/2, 6-7, 9, Sonntag 11-2. Honorar mäß., a. Teilzahl. - Separates Damenzimmer. -

Possen-Theater. Linienstraße a. d. Friedrichstraße. Täglich 8 1/2 Uhr: Gebr. Hirsch. Fängste schon wieder an.

Haemorrhoiden schwinden schnell u. schmerzlos durch Myrobalanum, sicher bewährte äußerliche Anwendung M. 2,50. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4